

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

31 (6.2.1913)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Drucklosgeld monatl. 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 Pf.; am Postkassaltr. 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Totalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Geld her für Pulver und Blei!

Die Militärvorlage ist noch nicht da. Aber schon hat in der offiziellen, der konservativen und der nationalliberalen Presse die Agitation für sie begonnen. Eine Hochflut von Artikeln setzt ein. Allgemeines Thema: „Wir wissen zwar noch nicht, was verlangt wird, aber wir bewilligen es“.

Auch eine öffentliche Kundgebung ist schon erfolgt. Der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte (Die Vertretung der Städte unter 25 000 Einwohnern) hat eine schmerzvolle Adresse an den Reichskanzler aufgesetzt. Auf Bestellung liefern sie auch ins Haus. Darin ist von der Besorgnis die Rede wegen der Stellung, die das Deutsche Reich in der gegenwärtigen Zeit der Kriegsgefahr einnimmt. Auch die schwerbelasteten kleineren Städte seien bereit, große finanzielle Opfer zu bringen. Und zum Schluß heißt es gar:

Der Vorstand kann die zögernde Haltung der Heeresverwaltung bei der Einbringung der Heeresvorlage nicht billigen, da die allgemeine Wehrpflicht infolge der großen Zahl der vom Heeresdienst befreiten, wehrfähigen Söhne unseres Volkes lediglich auf dem Papier steht und da „das Volk in Waffen“ ohne Zweifel die beste Volksversicherung ist. Der Vorstand erhofft von der Heeresverwaltung, daß sie diesen Gesichtspunkten in weitestgehender Weise Rechnung tragen und eine großzügige, dem Ernst der Gegenwart entsprechende Heeresvorlage einbringen wird.

Da die Herren Bürgermeister diesen hochherzigen Beschluß faßten, ohne sich zuvor mit der Bevölkerung der von ihnen regierten Städte ins Endernehmen gelehrt zu haben, muß man annehmen, daß sich die zum Ausdruck gebrachte Bereitwilligkeit, finanzielle Opfer zu bringen, nur auf ihre eigenen Personen bezieht. Einer tüchtigen Besteuerung der Bürgermeisterei steht also nichts im Wege und wir hoffen, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dieser schönen Anregung in energischer Weise annehmen wird.

Inr halbamtlichen „Tag“ unternimmt eine „herborgerade sachmännliche Seite“ sogar den Versuch, die neue Militärvorlage zu begründen. Es wird da ausgeführt, daß sich die Balkanstaaten im Kriege viel stärker gezeigt haben, als früher angenommen wurde. Desterreich müßte also einen großen Teil seiner Militärmacht im Kriegsfall in die Sünden stehen lassen, dadurch ergebe sich ein Manko in der Aufstellung gegen Rußland, das von Deutschland gedeckt werden müßte. So müssen wir also die tolle Balkanpolitik der Schwarzgelben mit 100 Millionen jährlich oder mehr bezahlen. Statt dafür einzutreten, daß Desterreich zu den Balkanstaaten in ein vernünftiges Verhältnis kommt, nimmt man die durch die ungarische Agrarpolitik verursachte Dreißigfacherung der Balkanlasten als eine gottgegebene Tatsache hin und präpariert dem deutschen Volk darüber die Rechnung.

Nun heißt es freilich, die Kosten der neuen Vorlage sollten durch eine Besteuerung gedeckt werden. Dieses Versprechen wird sich jedoch nur dann als wahr erweisen, wenn die neue Besteuerung nicht nur das noch vorhandene Loch in den Reichsfinanzen zupflückt, sondern auch die Kosten der neuen Vorlage wirklich deckt. Als von der neuen Vorlage noch nicht die Rede war, hielt man zur Vervollständigung der Reichsfinanzreform von 1909 eine Besteuerung für notwendig, die mindestens 60—80 Millionen Mark bringen müßte. Der Ertrag der neuen Besteuerung wird also, wenn ehrlich gerechnet wird, auf die Kosten der neuen Militärvorlage plus 60—80 Millionen zu beziffern sein. Es wäre ein unehrliches Spiel, wenn man nur die Kosten der Vorlage aus der Besteuerung decken, dagegen das ohnehin schon bestehende Bedürfnis des Reiches nach einer Einnahmeerhöhung unberücksichtigt lassen wollte. Denn dann würde sich bald die Notwendigkeit ergeben, das offengelassene Loch zuzustopfen, und für eine abermalige Erhöhung der indirekten Verbrauchsabgaben wäre der Weg bereitet.

Einkommen wird von offiziöser Seite bestritten, daß ein fertiger Besteuerentwurf bereits vorliege, es wird gegen diese Annahme folgendes ausgeführt:

Von amtlicher Seite ist bereits erklärt, daß noch in dieser Tagung dem Reichstag eine neue Heeresvorlage zugehen wird, die jedenfalls nicht unerhebliche Ansprüche an die Reichsfinanzen stellen dürfte. Diese können naturgemäß nur durch die neue Besteuerung gedeckt werden. Bevor nun aber für diese Steuer ein Entwurf aufgestellt werden kann, ist es doch erforderlich, zu wissen, welche Ausgaben die Heeresvorlage verursachen wird. Solange aber die militärischen Ressorts die Vorlage noch nicht zum Abschluß gebracht haben und über den Umfang zwischen den beteiligten Ressorts keine Verständigung erzielt ist, lassen sich auch selbstverständlich die Kosten nicht überschätzen, die hierfür der neuen Besteuerung zur Last fallen. ... Und aus diesem Grunde sind alle Mitteilungen über eine baldige Einbringung der neuen Steuervorlage ungenügend. Wahrscheinlich wird damit zu rechnen sein, daß sie erst kurz vor dem gesetzlich festgelegten spätesten Zeitpunkt, dem 30. April ds. J., an den Reichstag gelangen wird.

Daß der Kampf um die Besitzsteuer noch nicht abgeschlossen ist, beweist die lebhafteste Agitation der konservativen Presse für den berichtigten gräflich Schwerinischen Vorschlag, wonach die alten an das Reich zu überweisenden Stempelsteuern dem Volk als eine neue „Besitzsteuer“ vorgetauscht werden sollen, während das Reich auf die Wertzuwachssteuer und die Erbschaftsteuer zugunsten der Einzelstaaten verzichten soll. Die besitzenden Klassen Preußens würden bei diesem Handel nicht nur keinen Pfennig zu bezahlen haben, sie würden dabei noch ein ausgezeichnetes Geschäft machen, da sie ihre Erbschaftsinteressen unter die sichere Obhut des Dreiklassenparlaments bringen würden. Der Schwerinische Vorschlag, der darauf hinausläuft, die lästige Erbschaftsteuer ein für allemal abzumurfen, wird nach den Versicherungen des „Reichsboten“ zurzeit „von zuständiger Stelle wohlwollend geprüft“.

Zwischen hat man aber wenigstens schon eine Schichte von „Besitzenden“ gefunden, auf die die Kosten der neuen Militärvorlage teilweise abwälzt werden sollen. Man höre und staune, es sind

die unglücklichen Kriegsveteranen,

die wegen der neuen Militärvorlage auf die versprochene Erhöhung ihrer Unterhaltung von 120 auf 150 M. jährlich verzichten sollen. Darüber wird offiziös gemeldet:

Im Reichstag und in der Presse ist vielfach der Wunsch hervorgetreten, für eine weitere Erhöhung der Beihilfen für Veteranen Sorge zu tragen, so daß diese von 120 M. auf 150 M. heraufgesetzt werden können. ... Um die gewünschte Erhöhung durchzuführen zu können, war seitens der Reichsregierung vorge schlagen worden, aus den dem Reich zustehenden Einnahmen aus dem Leuchtgesetz 8 Millionen für die Aufbesserung der Veteranenbezüge zu verwenden. Nach dem Gang der Verhandlungen ist aber mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten, daß der Reichstag der vorgeschlagenen Regelung nicht zustimmen wird. Da andererseits dauernde Ausgaben ohne entsprechende Deckung nicht gemacht werden, so dürfte leider eine Erhöhung des Veteranenfonds zunächst nicht in Aussicht stehen. Wenn man dann die Absicht hatte, bei der Regelung der Besitzsteuer der Frage näherzutreten, so erscheint dies nach dem Stande der Dinge jedenfalls nicht angängig, da wiederum neue finanzielle Anforderungen an das Reich herantreten werden.

Also, während um die Besitzsteuer bis zum Erbreden geschachert und gefeilscht wird, sind die hungernden Kriegsteilnehmer die ersten, die zum Handrücken kommen. Die Heranziehung der Steuerkräftigen zu den patriotischen Opfern des Reichs beginnt damit, daß man den Elenden und Armen, die auf dem Schlachtfeld dem Vaterland wirkliche Opfer brachten, die versprochene, sehnlich erhoffte Aufbesserung vorenthält. Wie man dem Junker ein paar Pfennige aus der Tasche lockt, ist noch immer ein ungelöstes Problem, hier aber werden im Sande untergehen 30 M. pro Kopf geparkt. O Weisheit, o Gerechtigkeit!

„Wenn man dann die Absicht hatte, bei der Regelung der Besitzsteuer der Frage näher zu treten, so erscheint dies nach dem Stande der Dinge nicht angängig, da wiederum neue finanzielle Anforderungen an das Reich herantreten werden.“

Man muß es zweimal lesen. Nein, man müßte es auswendig lernen und an alle Wände schreiben. Die Reichen können die lumpigen paar Millionen für die armen Veteranen nicht aufbringen, die bedauernswerten Millionen werden ja durch die neue Besitzsteuer ohnehin schon so schwer belastet! Die Veteranen müssen zur Ehre des Vaterlandes weiterhungern, sie müssen sich einen Teil der Kosten der neuen Wehrvorlage vom Munde absparen! So macht man Stimmung für die neue Wehrvorlage.

Die Junkerherrschaft.

Die vollkommene Abhängigkeit des Reichs von der preussischen Junkerherrschaft tritt täglich klarer in die Erscheinung. Männer, wie der Staatssekretär Delbrück verdienen nachgerade unser Mitleid. Der Reichstag forderte einstimmig die Einführung von Wahlurnen, durch die das Wahlgeheimnis wirklich gesichert werden kann. Die öffentliche Verneinung dieser Forderung mußte derart kompromittierend werden, daß schließlich nicht einmal die Konservativen die Dreistigkeit beläßen, nein zu sagen. Aber sie, die für ihre ostelbigen Gefilde die Regelmöglichkeit und Wählerkontrolle durch die Verwendung von Zigarettenstiften, Zylinderhüten, Töpfen der Wildgans des Herdes und der Nacht weiter beanspruchten, war die Zustimmung im Reichstage deshalb leicht, weil sie ja die Zustimmung der Erwartung haben durften, daß die Verwirklichung des Reichstagsbeschlusses durch die Einführung eines preussischen Junkers verhindert werden könne. Und sie hatten sich nicht getäuscht. Herr Delbrück, des Reichs Staatssekretär für das weitläufigste Gebiet der Sozialpolitik und Stellvertreter des Reichskanzlers, schrieb an den Preussenminister von Dallwitz und bat ihn fußfällig, der Einführung der erwähnten Wahlurnen doch seine Zustimmung zu geben. Aber Dallwitz, von Dallwitz, Staatsminister von Dallwitz, preussischer Finanzminister von Dallwitz, schrieb, wie wir seit Richard Fischers Reichstagsrede wissen, dem Sinne nach an den Delbrück: Du bist wohl nicht recht geseit!

Und so wird aus dem einstimmigen Beschluß des Reichstags zunächst nichts: die preussischen Junker sind mächtiger als das Reichsparlament. —

Man darf wohl annehmen, daß Herr Delbrück einer der Väter des Notgesetzes ist, das die Rückvergütung bestimmter Zollbeträge für ausländisches Fleisch an Gemeinden vorsieht; daß er auch im übrigen sein möglichstes getan hat, mancherlei Erleichterungen angesichts des furchtbaren Notstandes infolge der Teuerung durchzusetzen. Das Thema ist in jüngster Zeit so eingehend behandelt worden, daß wir hier nicht ausführlicher darauf zurückzukommen brauchen. Tatsache ist, daß Herr Delbrück die Zollerleichterungen für die Fleischzufuhr bis zum 31. März 1914 ermöglichen wollte und anscheinend auch ermöglicht hat. Tatsache ist auch, daß er es für selbstverständlich gehalten hat, daß allgemein von den Erleichterungen bis zum äußersten Termin Gebrauch gemacht wird. Dafür spricht ein von ihm unterzeichnetes Schreiben an die Steuerämter vom 20. Dezember 1912, in dem es heißt:

„Am ersehen zu können, welchen Umfang die auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 10. Oktober 1912 sich ergebenden Erleichterungen des Fleischzolls der Tarifnummer 108 an Gemeinden erreichen, erscheint es erforderlich, daß in den Einwahrmeldungen auch die zum Fleischbezuge berechtigten Gemeinde ersichtlich gemacht werde. Ich erlaube daher, bis zum 31. März 1914 in den Zählstatistiken für die Einfuhr — III — jedesmal auch die bezugsberechtigte Gemeinde anzugeben.“

Bis zum 31. März 1914! So stellte es sich Herr Delbrück vor. Aber nun sagte sich Schorlemer, von Schorlemer, Staatsminister von Schorlemer, preussischer Staatsminister von Schorlemer: ist denn der Delbrück nicht recht geseit? Am 1. Oktober 1913 wird Schluß gemacht!

Herr Delbrück ist einer der wenigen Menschen, die (tatsächlich) mit der Rechten und mit der linken Hand schreiben können. Aber die eine Hand fesseln ihm die Schlotbarone, die andere die Krautjunker. Reden lassen sie ihn, solange sie glauben, daß es ihnen nichts schadet. Ueber kurz oder lang werden sie ihm aber auch den Mund stopfen.

Daher das Wort: Preußen in Deutschland, Deutschland in der Welt voran!

Die armen Witwen u. Waisen.

Angeblieh sollte ihnen durch die Reichsversicherungsordnung geholfen werden. Dieses Gesetz hat den Witwen und Waisen die Beitragserstattung der verstorbenen Ernährer genommen und eine färgliche Rente bewilligt. Wie sieht das Geben und Nehmen in Praxis aus? 1911, also in dem letzten Jahre vor Inkrafttreten der Hinterbliebenenversicherung, wurden an die Hinterbliebenen von 38 295 Verstorbenen durchschnittlich 105,76 M. gegeben. Sie erhielten also rund vier Millionen Mark.

An Stelle dieser Beitragserstattung trat 1912 die Hinterbliebenenversicherung. Wieviel wurde nun ausbezahlt? Nach Mitteilung des Ministerialdirektors Caspar erhielten 1912 4000 Witwen Witwengeld, also jede Witwe 50 M. Reichszuschuß und durchschnittlich 24,60 M. Leistungen der Versicherungsträger, also 74,60 M.

4000 Witwen wurde Witwenrente zugewilligt, die im Jahre so hoch wird wie das Witwengeld, aber es wird nur der halbe Betrag 1912 ausbezahlt sein, weil solchen Renten, die am 1. Januar begonnen, solche, die am 31. Dezember beginnen, gegenüberstehen. Diese Witwen haben dann durchschnittlich 37,30 M. erhalten. Ferner wurden 14 000 Waisen rentenberechtigt. Die Jahresrente der waisenlosen Kinder bleibt unter 37,30 M., weil nur 1 Kind $\frac{1}{2}$ des Grundbetrages und der Steigerungsfähigkeit der Rente des Vaters erhält. Jedes weitere Kind bekommt außer dem Reichszuschuß nur $\frac{1}{3}$ des Teiles der Rente, den die Versicherungsträger zahlen müssen. Nimmt man aber an, daß alle Kinder sogenannte erste Kinder sind, dann wird durchschnittlich an jedes Kind der Betrag von 18,65 M. ausbezahlt sein.

Die Hinterbliebenenversorgung hat also 1912 gebracht:

4000 Witwen à 74,60 Mark Witwengeld	= 298 400 Mark
4000 Witwen à 37,30 Mark Rente	= 149 200 Mark
14000 Waisen à 18,65 Mark Waisenrente	= 261 100 Mark
708 700 Mark	

Von diesen 708 700 M. hat das Reich als Reichszuschuß 475 000 M. und die Versicherungsträger 233 700 M. gezahlt. Also die Witwen und Waisen verlieren 4 Millionen Mark Beitragserstattung und gewinnen 708 700 M. Witwengeld und Witwen- und Waisenrente. Die größte Summe dieses Betrages, 298 400 M. Witwengeld, wird auch nur einmal, und zwar an die Witwen gezahlt, die selbst gegen Invalidität versichert sind. Der reine Verlust ist also 3 291 300 M. Selbst wenn man zugibt, daß viele Witwen und Waisen sich noch nicht gemeldet, oder daß bei dem langsamen Verfahren die Rente noch nicht festgesetzt ist, so steht doch schon fest, daß in einer Reihe von Jahren die ganzen Auszahlungen an Witwen- und Waisenbezügen erheblich niedriger sein werden, als die Beitragserstattung an die Hinterbliebenen Verstorbenen war. Und das nennt man Hinterbliebenenversorgung!

le
ge Vorrat
12 8 3
8 35 22
25 15 7
und 22
8 48 22
8 35 18
22 15 10
1.50 75
4.25 2.50
95 90 68
5 1.45 1.15
Chev- 6.50
Paar
rmen, 9.75
Paar
% Rabatt.
1.95 2.45
2.50 3.25
ormen 4.95
3.45
Ausführung
1.50 2.50
2.10 2.85
Rabatt.
aren
cm 95
95
95
95
cm 95
95
95
Stück 8
Stück 9
Stück 14
Stück 14
Stück 8
Stück 32
Stück 1.10
Stück 28
1/2 1/1
18 28
Stück 12
elephon 1938
bruar 1913 des
ktion: M. Deang-
e Wiederholung
anz von Hans
8 Uhr: „Almen-
malde in 5 Aufz.
den 7. Februar,
alkschauspiel in
2. Febr., abends
lasse. Weiterer
Colosseumskasse
7 Uhr abends.
rmieten.
und 1. April sind
ohnungen
ner, Küche und
nd Wasserloset
eten. Die erste
eventuell auf
rmietet werden.
ist eine größere
stätte 5094
näheres bei
dlenere
straße 20.
Eckert,
rienstr. 20,
ollo-Theater
in Lager in
Vanduhren-
atur-Werk-
urige, 8 u.
pekt, das Baat
rten u. Zwicke.

Ungarn vor dem Generalstreik.

In Ungarn wird intensiv an den Vorbereitungen für den Generalstreik gearbeitet. Am letzten Sonntag fanden wieder in der Provinz 22 Versammlungen statt, in welchen die Bürgerschaft sich mit den Arbeitern solidarisch erklärte. Am Donnerstag, 6. Februar, beginnt der Parlamentsauschuss seine Beratungen über das Wahlrechtsgesetz. Aus diesem Anlaß hat der Parteivorstand für Mittwoch abend in der Hauptstadt und Umgebung 41 Volksversammlungen einberufen, da befürchtet wird, daß der Generalstreik schon am 6. Februar seinen Anfang nimmt. Der Parteivorstand verfährt heute wieder ein Flugblatt nach allen Gegenden, welches die Aufschrift trägt: „Rüftet zum Generalstreik“. Dies Flugblatt wird in ungarischer, deutscher und slawischer Sprache herausgegeben.

Am Sonntag beschloß der Fabrikantenbund eine Eingabe an den Reichstag, worin er die Regierung auffordert, in das neue Wahlgesetz die Bestimmungen aufzunehmen, daß jeder industrielle Arbeiter, der das 24. Lebensjahr erreicht hat und zwei Jahre in einer Gemeinde lebhafte ist, das Wahlrecht besitzen soll.

In einem hauptstädtischen Bezirk ist durch das Ableben eines Abgeordneten eine Neuwahl notwendig. Sämtliche oppositionellen Parteien beabsichtigen, dort einen Kandidaten gegen die Regierung aufzustellen und der Sieg der Opposition ist gewiß.

Großes Interesse wird auch der Verhandlung entgegengebracht, welche am 17. Februar ihren Anfang nimmt. Bekanntlich hat der gewesene Staatssekretär Dely im vorigen Jahre den Ministerpräsidenten Lufacz mit dem Titel belegt, daß er der größte Panamist der Welt sei. Der Ministerpräsident hat die Klage gegen Dely erhoben. Hauptstädliche Blätter veröffentlichen jetzt Delys Beweismaterial. Seine Beschuldigungen zerfallen in fünf Hauptgruppen. Die erste bezieht sich auf einen mit der ungarischen Bank- und Handels-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag über die Pachtverlängerung des Salzgefälles. Den Lufacz seinerzeit als Finanzminister, wie Dely behauptet, unter der Bedingung verlängert haben soll, daß die Bank drei Millionen Kronen, die sie dem Lufacz abführen sollte, der Wahlklasse der Nationalen Arbeitspartei überlasse. Unter ähnlichen Bedingungen sollen auf die Südrückversicherungs- und die Unternehmung der Hausindustrie-Artikel bezügliche Verträge verlängert worden sein. Die zweite Gruppe bezieht sich auf Geldsendungen an die Obergepanne, die dritte auf eine Affäre der Pakettransportgesellschaft, die vierte auf den Verkauf eines Hauses des Herrn von Lufacz an den Staat, die fünfte auf die Stellung des Herrn v. Lufacz als Präsidenten der Klassenlotteriegesellschaft.

Ein offizielles Komunique versucht, diese Anklagen mit der Behauptung zu entkräften, daß Dely längst erledigte und erledigte Angelegenheiten neu aufwärme. Die Hauptverhandlung wird ja erweisen, wer nun recht hat.

Deutsche Politik.

Eine traurige Tatsache. In Charlottenburg ist ein Jude als Direktor eines städtischen Badezimmers bestätigt worden. Der „Reichsbote“ nennt das aus eigenem eine traurige Tatsache und er läßt sich von einem alten Mitarbeiter noch eine klagende Epistel über den Fall schreiben. Es heißt da:

„Sind wir wirklich schon so weit gekommen, daß wir das Jüdium hinnehmen müssen? Sollten deutsch führende und evangelisch gesinnte Eltern wirklich gewillt sein, ihre Töchter einer solchen Schule anzuvertrauen? Werden christliche Lehrer Freundschaft finden, an einer solchen Anstalt zu unterrichten? Der Charlottenburger Magistrat wird seine Handlungsweise vielleicht sehr liberal finden. Wir sehen darin eine Vergewaltigung christlichen Gewissens.“

Kann man sich etwas Schöneres denken, als daß so staatsverachtende und ordnungsliebende Elemente wie der „Reichsbote“ und seine Mitarbeiter zum Sturm blasen, wenn die preussische Regierung einmal ausnahmsweise die Verfassung nicht verletzt.

Ein einwandfreies Zeugnis. Der hessische Minister des Innern, Herr v. Homberg hat zu Bach, hat

in einer gelegentlich der Einweihung des Neubaus der Technischen Lehranstalten in Offenbach gehaltenen Rede u. a. wörtlich ausgeführt:

„Höchste Anerkennung gebührt vor allem dem Stadtverordnetenverband, der durch einstimmigen Beschluß die erheblichen Mittel zu diesem herrlichen Neubau, den wir heute in feierlicher Weise seiner Bestimmung übergeben, bewilligt hat. Durch diese Einmütigkeit hat der Stadtverordnetenverband in erfreulicher Weise dargelegt, wie in Offenbach alle bereit sind, freudig und opferwillig zusammenzuwirken, wenn es gilt, mit weitestgehendem Maße die Grundlagen zu sichern, auf denen Offenbachs Wohlstand und Bestehen fest gegründet sind, ich meine seinen tüchtigen Handwerkerstand und seine in mächtig fortschreitender Entwicklung begriffene Industrie.“

Im Offenbacher Stadtverordneten-Kollegium besteht eine sozialdemokratische Mehrheit. Unser Offenbacher Parteiorgan bemerkt daher auch mit Recht zu der Rede des Ministers: Wir werden nicht verfehlen, auf das bemerkenswerte Zeugnis des Herrn Ministers zurückzugreifen, wenn bei Stadtverordneten-Wahlen usw. unsere Gegner wieder von unserer, das heißt der Sozialdemokraten, Kulturfeindlichkeit, ihrer Handwerkerfeindlichkeit und ihrer Feindschaft gegen die Interessen der Stadt Offenbach überhaupt reden und schreiben werden.

Scharfmacher-Schnuschi. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat sich in seiner Ausschüttung selbstverständlich für ein Verbot des Streikpostensiehens im Sinne des Antrags Arnstedt ausgesprochen. Die „Tägl. Rundschau“ ist in der Lage, aus den Verhandlungen des Ausschusses das folgende mitzuteilen:

„Regierungsrat Dr. Schweighoffer meinte: Die Regierung könne sich anscheinend nicht entschließen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, aber sie werde um den Kampf nicht herumkommen. — In der Diskussion wurde erklärt: In der Industrie fehle es angesichts der eines Redaktionsrates unwürdigen Zustände an Verständnis dafür, daß sich die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Gesellschaft der Partei befindet, die den Antrag auf Verbot des Streikpostensiehens abgelehnt habe. Geh. Raurat Schrey betonte, daß die ernsthafte Sorge und Gefahr für das deutsche Reich nicht die Birren draußen sind, sondern die Entwicklung, der wir im Innern entgegengehen. Der Redner sieht das Bedrohliche der Entwicklung darin, daß von unsern Reichstagsabgeordneten drei Viertel bei ihrem Eintritt in das Parlament alle Mühseligkeit auf das praktische Leben verstreuen und nur noch die Mühseligkeit auf die Wiedermahl kennen, die sie über das Wohl des Vaterlandes stellen. Das sei ein tief bedauerlicher Zustand, ein Zustand, über den entrüstet zu sein die deutsche Industrie und alle Ewerbskreise des deutschen Volkes alle Ursache hätten. Ein Verhalten, wie es der Reichstag mit der Ablehnung der Streikpostensresolution an den Tag gelegt, sei der gegebenen Anlaß, diesem Empfinden einmal mit aller Entschiedenheit Ausdruck zu geben.“

Wilhelm II. als Friedensstifter. Der Berliner Korrespondent des „Daily Express“ schreibt seinem Blatte: Kaiser Wilhelm habe dem deutschen Gesandten in Sofia den Auftrag erteilt, König Ferdinand ernste Vorstellungen zu machen und ihm zu raten, das unachgiebige Verhalten auf seiner bisherigen Politik aufzugeben und die von den Türken angebotenen Friedensbedingungen anzunehmen. Die Türken hätten sehr große Opfer gebracht und der Bulgarenkönig würde unweise handeln, wenn er ihre Vorschläge nicht annähme. Ähnliche Vorstellungen, wenn auch nicht so direkt und energisch, seien auf Veranlassung des Kaisers auch in Belgrad, Cetinje und Athen erhoben worden.

Die Besitzsteuer-Komödie. Ueber die neuen Besitzsteuern herrschen unter den beteiligten Regierungen weitgehende Unstimmigkeiten. Die bisher aufgestellten Projekte scheinen aber allesamt über den Haufen geworfen zu werden durch die neuerlichen Ansprüche der Militärverwaltung. Wie verlautet, ist dem Reichschatzsekretär Kühn der mutmaßliche Geldbedarf noch gar nicht mitgeteilt worden, so daß eine endgültige Entscheidung über die neuen Steuern erst später erfolgen kann. Wenn die Besitzsteuern etwa erst Ende April im Reichstage eingebracht werden, dann ist es völlig ausgeschlossen, daß sie in dieser Session noch ihre Erledigung finden können. Nichts macht größere Schwierigkeiten, als die Beratung neuer Steuerentwürfe. Es könnte dann der Fall eintreten, daß die Militärvorlage be-

willigt, die Lösung der Deckungsfrage aber auf den Herbst verschoben wird. Wenn es aber zu einer Reichstagsauflösung kommen sollte, dann würden die bürgerlichen Parteien in ihrer Agitation natürlich darauf hinweisen, daß die Kosten durch Besteuerung des Besitzes aufgebracht werden sollen. Ist dann der neue Reichstag gewählt, dann allerdings wird es sich herausstellen, daß statt der Besitzsteuer neue indirekte Steuern kommen.

Das Schicksal des Petroleum-Monopols liegt, so schreibt die „Frankf. Zig.“, in der Hand der Sozialdemokratie. Sie muß die Verantwortung dafür tragen, ob aus der Vorlage ein deutsches Verbrauchernützlichkeits Monopol gestaltet oder ob auch diese Möglichkeit wieder ungenutzt gelassen werden soll. Leider aber scheint es nicht, als ob die Sozialdemokratie sich dieser Verantwortung voll bewußt ist. Der Dogmatismus, der diese Partei beherrscht und der bei ihr die allein seligmachende Formel so oft über die Vernunft und die Realität hat siegen lassen, scheint sie auch jetzt wieder in die Irre zu führen. Die Sozialdemokratie will ihre Abstimmung davon abhängig machen, daß dem Reichstag ein weit größeres Mitbestimmungsrecht bei der Organisation und der Bewirtschaftung zugestanden wird. Außerdem aber, und hier liegt der Kern, erklärt die Sozialdemokratie von neuem, daß die Fraktion nur für ein Monopol in Reichsregie stimmen könne, die Betriebsgesellschaft aber grundsätzlich ablehnen müsse. Die „Frankf. Zig.“ hält die Forderung der Reichsregie für eine Verhöhnung, die über das Maß des Zulässigen hinausgeht. Wenn jetzt das Zentrum nicht triumphiert, dann müssen die grundsätzlichen Freunde des Monopols sich verständigen, und dazu gehören, daß nicht die Sozialdemokratie einseitig den andern erläßt, wir tun es nicht anders, nun macht was ihr wollt! Gegen eine Reichsregie sprechen nach der „Frankf. Zig.“ wirtschaftliche und politische Bedenken. Vor allem werde eine Reichsregie politisch abhängig sein, abhängig, wie es doch nun einmal bei uns ist, von agrarisch-reaktionären Interessen, die immer darauf bedacht sein werden, den Petroleumpreis hochzuhalten, damit der Spiritus keine Konkurrenz erfahre. Sie meint, das müßte auch der orthodoxste Marxist begreifen. Die Frage der Form sei eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Beide Systeme haben ihre Nachteile und deshalb solle man sich verständigen. Tut man das nicht, so bejagt man lediglich die Geschäfte des Zentrums und seiner Freunde.

Die Vorwürfe der „Frankf. Zig.“ sind durchaus unbedeutend. Den liberalen Parteien liegt daran, an dem Petroleumgeschäft die Bänke zu beteiligen, die Sozialdemokratie dagegen will den Einfluß der Banken ausgeschaltet wissen. Wenn das Zentrum demokratischer als die Sozialdemokratie einseitig die Vorwürfe zurückgeben werden. Es ist durchaus nicht einzutreten, weshalb nun gerade die Sozialdemokratie nachgeben soll. Die Sozialdemokratie muß darauf sehen, daß die Betriebsgesellschaft möglichst ausgeschaltet wird und daß weiter danach trachten, dem Reichstage ein möglichst weitgehendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Wenn die Liberalen für diese Selbstverständlichkeit nicht zu haben sind, dann wird das Petroleum-Monopol allerdings scheitern. Wer dann soll die liberale Fesseln nicht mit dem Ammenmärchen kommen, daß der Sozialdemokratie die Schuld an diesem Ausgang beizumessen sei.

Ausland.

Niederlande. Politisches Gesundheits durch Schulkind. Eine befremdende Blüte der liberalen Volksbewegung hat sich längst in Holland entfaltet. Da die liberalen Wähler alle Ursache haben, zu wünschen, daß sie bei den in diesem Sommer abzuhaltenden Parlamentswahlen unterliegen werden, spinnen sie alle Kräfte an, um diesem Schicksal zu entrinnen. Eins dieser Mittel, die sie dafür anwenden, ist, daß sie nicht nur in den katholischen religiösen Vereinen, wie z. B. in der „Heiligen Familie“, sondern sogar auch auf den katholischen Schulen von den Kindern für das Behalten der liberalen Regierung täglich beten lassen. Die katholischen Wohltäter und Tagesblätter fordern öffentlich zu diesem die Kinderseele schändenden Vorgehen auf. Leider müssen die Herrschaften die beweislose Erfahrung machen, daß ein solches politisches Kindesgebet nicht immer wirksam ist. Als jüngst bei einer Gemeindevorwahl in Haarlem eine Stichwahl zwischen einem Kandidaten vorzunehmen war, wurde auch in den katholischen Schulen für den liberalen Wahlsieger gebetet. Trotzdem aber wurde der Sozialdemokrat in dieser Bischofsstadt gewählt.

Amerika. Die Einführung der Einkommensteuer. Beide Häuser des Staates Whoming nahmen gemeinsam eine Resolution an, durch die der die Einkommensteuer betreffende Abm-

sich daran schließenden bequemen Arbeitszimmern. Die erste Etage hatte sich Angela für besondere Zwecke vorbehalten, über die sie bisher strenges Stillschweigen bewahrte.

Sinter dem Hause zog sich ein großer Garten hin, den Angela ganz hatte asphaltieren lassen, und an dessen Ende sich ein Gartenhaus mit einem Glasdach und vielen Fenstern erhob, über dessen Bestimmung bis jetzt noch nichts bekannt geworden war.

Bei der Ausstattung des Hauses hatte Angela die Vorsicht gebraucht, Rebekka mit der Aufsicht zu betrauen. Herr Bunker mußte daher seinen glühenden Geschäftseifer ein wenig in Schranken halten und begnügte sich, beschreiben wie immer, mit einem Aufschlag von dreißig Prozent auf den Marktpreis aller durch ihn vermittelten Lieferungen und Arbeiten. Rebekka gab sich redlich Mühe, die ihr erteilten Weisungen auszuführen, konnte aber eines gewissen Unbehagens nicht Herr werden, als sie sah, wie aus dem Bollen gewirkt wurde. Die Aufstellungszimmer wiesen eine Eleganz auf, wie man sie sonst nur in der Regentstraße zu sehen gewohnt war. Die Arbeitszimmer waren mit den neuesten Ventilationseinrichtungen versehen, als ob die Arbeiterinnen Gräfinnen wären, wie Bunker abfällig bemerkte.

„Es ist gut für uns“, wendete Rebekka ein, „viel zu gut und wird andere Arbeiterinnen nur unzufrieden machen.“

„Ich will sie unzufrieden machen“, entgegnete Angela. „Solange sie nicht unzufrieden sind, wird es auch keinen Fortschritt geben. Was ist es, Rebekka, das unser Leben vom dem der Tiere unterscheidet und über das der Tiere emporeibt? Wir entdeden, daß es besser gibt und wir kämpfen unseren Weg aufwärts. Das ist das Geheimnis der Unzufriedenheit und vielleicht auch des Schmerzes.“

„Ah!“ Rebekka hatte keine befriedigende Antwort auf ihre Frage erhalten und täuschte sich nicht darüber. „Sie scheinen noch keine Ahnung zu haben, zu wem wir verwerflichen Mitteln der Konkurrenzkampf im Londoner Osten greift und wie hart man uns zusehen wird. Das Geschäft

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt. (Nachdr. verb.)

19 (Fortsetzung.)

„Sie können es mir ja am Lohn abziehen“, sprach Rebekka nicht ohne Selbstüberwindung, und man konnte es ihr anmerken, wie wichtig die Lohnfrage für sie war. „Ziehen Sie es mir am Lohne ab. Es geht natürlich nicht, daß ich fünf Tage arbeite und für sechs bezahlt werde; aber am Samstag, der der Sabbat ist, werde ich nicht arbeiten, noch mein Knecht, noch meine Magd, noch mein Vieh.“

„Sie wird nicht arbeiten, noch ihr Knecht, noch ihre Magd, noch ihr Vieh“, wiederholte der Agent mit feierlichem Ausdruck.

„Aber wie halten Sie es denn mit dem Sonntag?“ fragte Angela.

„Ich arbeite am Sonntag so wenig wie möglich“, gestand Rebekka, „da wir aus Rücksicht auf unsere schwächeren Brüder auch den Sonntag heiligen.“

„Nun, Fräulein Ermitage“, sprach Angela, nicht ohne eine Empfindung von Neid auf diese junge Person, die durch ihre Religion einen Extra-Feiertag gewann, „wollen Sie es bei mir einmal auf Probe versuchen? Ueber den Lohnabzug können wir ja später sprechen. Wenn es Ihnen paßt, bitte ich Sie, morgen anzufangen. Nun wollen wir aber noch einmal um die Anlagen gehen und alles Nähere besprechen. Gute Nacht, Herr Bunker!“

Als Rebekka entdeckte, daß ihre Begleiterin nicht zu jener Klasse von Arbeitgebern gehörte, die ihre Angestellten ausbeuten, schikanieren und betrügen, verschwand die Kampfesmiene aus ihrem Gesicht und sie begann, Angela wertvolle Aufschlüsse geschäftlicher Art zu geben. Ehe sie sich trennten, entdeckte Angela zwei scharf ausgeprägte Charaktereigenschaften an ihr — daß sie nämlich in allen praktischen und geschäftlichen Fragen wohl erfahren und in der Religion eine Fanatikerin war.

„Die Welt wird sich einmal zu unserem Glauben bekehren“, beteuerte sie. „Allerdings ist unsere Gemeinde jetzt nur klein und arm, und mein Vater steht fast allein da. Aber welche Gnade, die einzigen von Gott auserwählten Hüter der Wahrheit zu sein. Kommen Sie zu unserer Versammlung, Fräulein Kennedy, und hören Sie meinen Vater predigen. Er bekehrt einen Jeden, der seinen Worten lauscht. Bitte, bitte, kommen Sie!“

Dann verabschiedete sie sich, und auch Angela trat den Heimweg an.

7. Kapitel.

Vor der Eröffnung.

Als guter Christ unterdrückte Herr Bunker seinen Willen über die ihm zugefügte Kränkung und entwickelte bei der Einrichtung des Hauses einen solchen Eifer, daß in verhältnismäßig kurzer Frist alles für die Eröffnung bereit war.

Inzwischen verreiste Fräulein Kennedy in geschäftlichen Angelegenheiten. Ihre Abwesenheit wurde besonders schmerzhaft in dem Hause der Frau Vornalad empfunden, wo sich die alte Trostlosigkeit wieder einstellte. Harry versuchte sich zu trösten, indem er abwechselnd die Fortschritte der Arbeit in ihrem Hause überwachte, oder sich mit der Fertigstellung eines Schrankes beschäftigte, den er eigens für sie entworfen hatte, und der unter seinen geschickten Händen ein wahres Kunstwerk zu werden versprach. Als sie nach Ablauf einer Woche zurückkehrte, sah sie ein wenig bleich und müde aus. Harry vermutete, daß sie Geldsorgen habe und begann Bunker mit seiner langen Rechnung zu verwirren, doch geriet sie seine Befürchtungen, indem sie ihm versicherte, daß alles gut, ja besser ginge, als sie zu hoffen gewagt hätte.

Am Abend vor der Eröffnung fanden sie sich alle in dem jetzt vollständig eingerichteten Hause zu einer Schlussbesprechung ein — Angela und ihre beiden Beschlenen, Rebekka und Nellie, und der junge Mann, vor dessen Gesellschaft Herr Bunker sie vergeblich gewarnt hatte. Es war ein großes Haus mit geräumigen Geschäftslokalkäten und

berungsamt
ist der 36. C
entscheidend
weshalb erlaß
sichtlich in
denen Wirt
ten wird.
legen. Da
über 5000
auch 5000
4000 Doll
der Regie
wertenswer
eine weitere
läsen, ohne

ist augenb
ten. Wir
gittiert, mel
deutschen
sie die Po
Zeitung“
„Sol
Sozialber
ein wenig
geben.“
Eine jo
nes Anie
zu melde
nale Rum
nicht, daß
der Zunft

Wie d
wird, hat
der Wand
wurde, ni
sen Wahl
den frühe
wieder als

Der G
Beschwerd
Dr. Le h
des letzter
der positiv

Der G
halten den
betrieb (M
betreiber
tung frem
und mit i
Personalis

Im
schießen,
viele Ar
schen stat
führ ins
seinen Un
ben. Der
ärmeren
rungsarbe
gegen we
Staatsbed
schr mit d
hen, fomat
lungen sel
Arbei

Wauerer
Tütenmad
Schneidre
Kotoswebe

Von
Strafamt
Inskaffen
816 519 A
Reichsb
in Baden
Private i

widelt si
werden fi
Ange
Ihrer gel
sichtigu
als sie i
ängstlich

„Die
stodend,
Querst u
ob Sie
schätes

„Ich,
Sie übe
„Ich
halten“
außerhalb
Bei i
den ihr
„Sie
fort.“

„Ich
schlag an
Die
Wangen
in Reg
Minister
dem Po
wirklich

„Das
als ob d
einer G
Sie, Ne
führen,
betrifft
„Die
erötend

auf den Herbst Reichstagsauf- werkliden Bar- inweisen, daß gefbracht wer- wählt, dann antt der Weis- so schreibt die te. Sie muß orlage zu den staltet oder ab werden soll. demokratie sich anmaßens, der seligmachende ität hat siegen u führen. Die hängig machen, ungsrecht bei standes wird. ert die Sozial- r ein Monopol ellschaft aber hält die For- über das Maß Zentrum nicht icken Freunde, daß nicht te itun es nicht ne Reichsrate und politische t politisch ab- uns ist, von darauf bedacht mit der Spiri- nische auch der Form sei eine ihre Nach- Tit man das Zentrum und us unredlich. troleumgeschäft e dagegen will em das Franz- ie Einseitigkeit esse der Ab- icht einzutren- nachgeben soll. e Privatbetrie- weiser danach des Mittelstän- ar diese Selbst- als Petroleum- liberale Presse r Sozialdemo- n sei.

erungsantrag zur Bundesverfassung ratifiziert wird. Whontung ist der 26. Staat der Union, der diesen Abänderungsantrag ratifiziert und damit für die notwendige Zweidrittelmehrheit die entscheidende Stimme abgab. Der Bundeskongress wird nun ein Gesetz erlassen, das die Einkommensteuer einführt und das wahrscheinlich in der im Verlauf des Monats März von dem Präsidenten Wilson einberufenen Extrasesion in Wirksamkeit treten wird. Sie wird jedenfalls die jetzige Skorporationssteuer ersetzen. Das neue Gesetz wird Steuern für alle Einkommen über 5000 Dollars vorsehen. Allerdings gibt es im Kongress auch Stimmen, die für eine Herabsetzung der Steuergrenze auf 4000 Dollars sind. Nach Schätzungen wird die Einkommensteuer der Regierung 100 000 000 Dollars im Jahre einbringen. Bemerkenswert dabei ist, daß die beabsichtigten Steuermaßnahmen eine weitere Herabsetzung der Zolltariffrage ermdglichen, ohne daß dadurch die Bundeseinkünfte verringert werden.

Badische Politik.

Tom „nationalen“ Rummel

ist augenblicklich wieder die nationalliberale Presse ergriffen. Wir haben dieser Tage die „Bad. Landeszeitung“ geüert, welche der großen Mehrheit des Reichstags und des deutschen Volkes die nationale Gefinnung absprach, weil sie die Polenpolitik beurteilt. Jetzt kommt die „Konst. Zeitung“ und schreibt in derselben Sache: „Solange diese Schläge nur von der Mehrheit der Polen, Sozialdemokraten — und dem Zentrum ausgehen, wird auch ein weniger kräftiger Reichsanzler nicht allzuviel darauf geben.“ Eine schlimmere Verhöhnung des Parlaments und seines Ansehens ist nicht gut denkbar. Man ersieht daraus, zu welcher Entartung des politischen Denkens der nationale Rummel führt. Begreift denn die „Konst. Zeitung“ nicht, daß sie mit einer solchen Auffassung die Geschäfte der Junterreaktion bejorgt?

Reichstagswahl in Sicht.

Wie dem „Bad. Beobachter“ aus Offenburg berichtet wird, hat Reichstagsabg. Kölsch sein Mandat, das von der Mandatsprüfungskommission für ungültig erklärt wurde, niedergelegt. Das Zentrum hofft zwar, diesen Wahlkreis wieder zurückerobern zu können. Es stellt den früheren Vertreter dieses Wahlkreises, Herrn Schüller, wieder als Kandidaten auf.

Der „Fall Lehmann“ erledigt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat die Beschwerde der evangelischen Konferenz gegen Stadtpfarrer Dr. Lehmann (Mannheim) auf Grund des Nachweises des letzteren, daß seine Traupredigt keine Verleumdung der positiven Pfarrer enthalte, für erledigt erklärt.

Der Arbeitsbetrieb in den Strafanstalten.

Der Gewerbebetrieb, dessen Leitung in den Zentralstrafanstalten dem Verwalter obliegt, erfolgt ausnahmslos im Staatsbetrieb (Regie) dervart, daß die Vermietung Gefangener an Arbeitgeber durchaus ausgeschlossen ist. Jedoch ist die Verarbeitg fremder Stoffe gegen Stück- oder Tagelohn in der Anstalt und mit Ausschluß jeder Beziehung des Bestellers oder seines Personals zu den Gefangenen gestattet. Um eine Schädigung des freien Gewerbes tunlichst auszuschließen, ist der Gewerbebetrieb so eingerichtet, daß er möglichst viele Arbeitsgattungen umfaßt, daß der Absatz tunlichst im großen stattfindet, auf viele Orte ausgedehnt und verteilt, die Ausfuhr ins Ausland insbesondere gefördert wird und daß unter keinen Umständen die Preise der freien Arbeit unterboten werden. Der Gewerbebetrieb darf die Beschäftigungsarten der ärmeren Bevölkerung so wenig wie möglich umfassen; Ausbesserungsarbeiten für Private sind grundsätzlich ausgeschlossen, dagegen werden Leistungen und Lieferungen für Reichs- und Staatsbedürfnisse unbeschränkt tunlichst ausgedehnt. Der Verkehr mit den Arbeitgebern wird in kaufmännischer Weise betrieben, insofern als die früheren Formen als die Geschäftsverhandlungen selbst anbelangt. Arbeiten, mit denen die Gefangenen beschäftigt werden, sind Mauerarbeit, Küchenarbeit, Heizen, Hausreinigen, Schreiben, Lärnenmachen, Latatricken, Bürstenmachen, Waschen, Weberei, Schneiderei, Schusterrei, Schreinerrei, Schlosserei, Holzschneiderrei, Kolosweberei, Druckerrei, Buchbinderrei u. a. m. Von den Einnahmen aus dem Arbeitsbetrieb der Zentralstrafanstalten im Betrage von 1 167 004 Mk. entfallen auf die Anstalten selbst 304 838 Mk., auf andere badische Staatsbedörden 816 519 Mk., auf badische Gemeindebedörden 5130 Mk., auf Reichsbedörden 30 007 Mk., auf Private vom Ort 209 887 Mk., in Baden 239 365 Mk., sonst in Deutschland 58 104 Mk. und an Private im Ausland 3153 Mk. Der durchschnittliche Arbeitser-

trag eines beschäftigten Gefangenen für den Tag schwankt in den Zentralstrafanstalten zwischen 1.23 Mk. und 1.37 Mk., in den Kreis- und Amtsgefängnissen zwischen 36.4 Pfg. und 42.5 Pfenning. — Was die Unfallfürsorge für Gefangene nach dem Reichsgesetz vom 30. Juni 1900 anlangt, so kamen im Jahre 1911 von sämtlichen Strafanstalten und Gefängnissen 24 Unfälle zur Anzeige, wovon 18 dem großh. Verwaltungshof als Ausführungsbehörde zur Entscheidung überwiesen wurden. Bei den übrigen Fällen handelte es sich um leichtere Verletzungen, bei denen die Leistung einer Entschädigung nicht in Frage kam. (Badische Justizstatistik 1911.)

20. Generalversammlung der Zimmerer.

k. Berlin, 3. Februar.

Die Generalversammlung, die heute vormittag in hiesigen Gewerkschaftshaus vom Verbandsvorsitzenden Schrader (Hamburg) eröffnet wurde, ist von 135 Delegierten, 19 Gauleitern und 3 Vorstandsmitgliedern besetzt. Die Redaktion des „Zimmerers“ betritt Bringmann (Hamburg), den Ausschuß, zugleich auch die Generalkommission, Rube (Berlin), die Bauarbeiterkommission Heintze (Berlin). Vertreter ausländischer Bruderorganisationen sind aus Dänemark, Oesterreich und der Schweiz erschienen. In der Eröffnungsrede wies Schrader darauf hin, daß die Organisation nur noch wenige Wochen von dem Tag trenne, wo vor 30 Jahren in Berlin ihr Grundstein gelegt wurde. Die Organisation habe in den 30 Jahren manche Schwierigkeiten überwinden müssen, sie habe stets das erfüllt, was sie von vornherein versprochen habe: die wirtschaftliche Stellung der Zimmerer zu heben. Den Geschäftsbericht des Vorstandes, aus dem wir bereits im Vorbericht einen Auszug gaben, erstattet Schrader (Hamburg). Er erinnerte eingangs, daß auf der Generalversammlung in Leipzig die Hauptfrage gewesen sei, ob die Kameraden gewillt sind, größere Opfer für den Verband zu bringen. Heute könne man konstatieren, daß die Befürchtungen, die bei der Festsetzung des Extrabeitrags gelegt wurde, nicht eingetroffen seien: der Verband habe keine Einbuße an Mitgliedern erhalten, sondern die Mitgliederzahl noch erhöht, vom 3. Quartal 1910 bis zum 3. Quartal 1912 um rund 9000. Auch die Zahlstellen hätten sich vermehrt, von 709 auf 788. Bedauerlich sei die starke Fluktuation. Schrader kennzeichnete dann die Verfehrungen von Regierung und Unternehmer, das Streikpostenstreiken zu verbieten, und vertriebe auf das Vorhaben der Polizeibehörden in Preußen, die verurteilten, die Zahlstellen zu politischen Vereinen zu stempern. Schrader ermahnt, in den Mitgliederversammlungen jede politische Erörterung zu unterlassen und diese in Parteiversammlungen vorzunehmen. Darauf ging Redner auf die Lohnbewegungen ein — von denen wir im Vorbericht ein Bild gaben — und kam dann auf die Verhandlungen des Zentralschiedsgerichts zu sprechen. Es haben 9 Verhandlungen stattgefunden, die 27 Tage in Anspruch nahmen. Dem Zentralschiedsgericht wurden 278 Anträge unterbreitet, davon 47 vom Zimmerverband allein und 13 gemeinschaftlich mit den Maurern. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts seien nicht immer zugunsten des Verbandes ausgefallen. Das Gericht habe grundsätzliche Entscheidungen getroffen, mit denen die Organisation nicht einverstanden sein könne. Weib die Einrichtung bestehen, dann müsse man versuchen, sie von vornherein etwas anders zu gestalten. — Die internationale Verbindung sei noch eine sehr lose, es müsse alles getan werden, sie zu festigen. Schrader wünscht, daß für diesen Zweck ein gewisser Beitrag geleistet wird. Zum Schluß seiner Ausführungen hob er hervor, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung eine immer gewaltigere Steigerung erfahren. Dies sei ein unangenehmer Zustand, der auf die Dauer nicht haltbar sei und beseitigt werden müsse.

In der Debatte über den Vorstandsbericht wurde der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen Anerkennung geollt. An der Nachmittagsstimmung wurde die Debatte unterbrochen und zunächst ein Referat des Genossen v. Elm (Hamburg) über „Die Volksfürsorge“ entgegengenommen. Er betonte, die Vorarbeiten seien sehr schwierige gewesen. Das Aufstichtamt habe bei einer Konferenz einzelne Bedenken erhoben, die berücksichtigt worden seien. Es wären ihnen aber vom Aufstichtamt keine besonderen Schwierigkeiten gemacht worden, bis heute könnten sie sich nicht beklagen. Es sei zu hoffen, daß die Genehmigung bald erteilt werde. Die Zahlung der Prämien solle halbmonatlich sein. Das Hauptgewicht müsse darauf gelegt werden, daß die Verwaltungskosten vermindert werden. Bei den Versicherungsgesellschaften seien diese außerordentlich hoch, es würden durchschnittlich 28,8 Prozent der Prämieinnahmen für Verwaltungskosten verbraucht. Das sei zweifellos ein hoher Satz. Kam die „Volksfürsorge“ hierbei Ersparnisse erzielen? Wenn wir denselben großen Stab von Agenten haben wollten wie die Versicherungsgesellschaften, dann müßten wir mehr wie diese bezahlen. Die Gewerkschaften und Genossenschaften haben sich durch die freiwillige Mitarbeit der Genossen entwickelt. Auch die „Volksfürsorge“ kann nicht vorwärts kommen, wenn sie nicht auf demselben System aufgebaut ist. Die Tätigkeit wird eine ehrenamtliche sein, keine Bezahlung, sondern nur eine

Fraulein Kennedy setzte sodann ihre Ansichten über die Art und Weise des gesellschaftlichen Betriebes auseinander. „Wir fangen morgens um neun Uhr an“, jagte sie, „Rebecka nickte. Dagegen war nichts einzumenden. „Wir arbeiten von neun bis elf Uhr.“ Rebecka blickte erstaunt. „Ich weiß sehr wohl, was ich will. Es gibt nichts schlimmeres und gesundheitschädlicheres für Mädchen und Frauen, als ohne Unterbrechung mit gebeugtem Rücken über der Arbeit zu sitzen. Um elf Uhr werden wir uns daher, alle ohne Ausnahme, eine halbe Stunde lang Bewegung machen.“ Bewegung machen — war Fraulein Kennedy wirklich recht bei Sinnen? „Sie haben den asphaltierten Garten gesehen und meinen Zweck vielleicht schon erraten?“ Ihr Blick begegnete dem Harrys. „Ist er vielleicht für Reifenschlagen bestimmt?“ forschte Harry. „Nein, zum Tennispiel. Warum auch nicht?“ „Was ist Tennis?“ fragte Kelly. „Ein Spiel, meine Liebe, das Sie lernen werden.“ „Ich spiele nie“, bemerkte Rebecka. „Das Leben ist zu ernst, um es im Spiel zu verbringen.“ „So nennen Sie das Spiel, das Fraulein Kennedy einführen will, eine Freitreibung und Sie können ohne Bedenken daran teilnehmen.“ Harry vertief auf diesen Ausweg. „Und warum nicht? Das Tennispiel, Fraulein Kelly“, fuhr er fort, „ist ein Sport, dem namentlich die aufgeblassenen Aristokraten, wie mein Vetter Dick sagen würde, huldigen. Daß es bis zu Ihnen, mir und unerseligen herabsteigt, ist nichts weniger als eine soziale Umwälzung.“ Kelly lächelte, ohne indes den Sinn von Harrys Worten voll zu verstehen. (Fortsetzung folgt.)

Kommunalpolitik.

h. Bürgerauschuhführung in Grünwettersbad. Am 28. Januar fand hier eine Bürgerauschuhführung statt. Als erster Punkt stand der Schuldentilgungsplan für das neuerbaute Schulhaus auf der Tagesordnung. Der Voranschlag betrug 70 000 Mk., die Kosten betragen aber nur 69 000 Mk., die nun zu tilgen sind. Das Geld wird von der hiesigen Sparkasse zur Verfügung gestellt zu 4 1/2 Prozent, zahlbar in 50 Jahren; nach dem Tilgungsplane hat die Gemeinde jährlich 3400 Mk. zu entrichten. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Bei Punkt „Verschiedenes“ stellte die sozialdem. Fraktion den Antrag, daß zu jeder Sitzung die Tagesordnung schriftlich aufgestellt werde. Vom Bürgermeister wurde zugeagt, in Zukunft es so zu halten. Weiter wurden über die Feldwege Beschwerde erhoben, sie wären in schlechtem Zustand und wären nicht mehr befahrbar. Jedes Jahr wird von der Gemeinde hierzu eine schöne Summe Geld ausgegeben und doch kommen immer wieder die Klagen der Bürger. Dieser Zustand rührt hauptsächlich daher, weil es hier einmal sehr gebirgig ist und dann, weil bei starken Regenfällen die Wege elend zerrissen werden. Es ließe sich noch vieles machen, manches bleibt auch noch zu wünschen übrig, aber es fehlt vor allem an nötigen Geld. Die Umlage ist sowieso schon sehr hoch und erhöht durch den Bau des Schulhauses eine weitere Steigerung.

Gemeinderatswahl in Singen (Amt Durlach). Am kommenden Freitag, 7. Februar, von 5—8 Uhr nachm., findet hier die Gemeinderatswahl statt. Die sozialdemokr. Partei wird selbständig mit eigenen Kandidaten vorgehen. Wie verlautet, haben auch die Konserwativen und die Fortschrittler eigene Kandidaten aufgestellt.

Parteienossen und Arbeiter! Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die Fortschrittler und Konserwativen noch in letzter Stunde wie bei der Bürgerauschuhwahl zur zweiten Klasse im letzten Frühjahr, gemeinsame Sache machen und Arm in Arm gegen die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zur Wahl ziehen. So wie sich die meisten der Fortschrittler in der Gemeindepolitik zeigen, braucht man sich über ihr Bündnis mit den Reaktionskräften nicht zu wundern. Die Kandidaten, die von dieser Partei den Wählern empfohlen werden, haben schon etliche mal in Bürgerauschuhführungen, als sie noch Bürgerauschuhmitglieder waren, gegen sozialdemokratische Anträge gestimmt, obgleich darin Forderungen enthalten waren, die die Fortschrittliche Volkspartei in ihrem eigenen Programm hat. Darum Parteigenossen und Wähler! Geht vollzählig zur Wahl und wählt die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, die gewillt sind, in gewissenhafter Arbeit für das Wohl der Gemeinde tätig zu sein. Der 7. Februar ist der Tag, an dem sich entscheidet, ob ein Konserwativ-Fortschrittler oder ein wirklich fortschrittlicher Gemeinderat auf dem Rathaus maßgebend sein soll. Ihr Wähler habt den Entscheid in der Hand, darum tut eure Pflicht. Unteren Genossen rufen wir zu: Alles daranzusetzen, damit der Sieg unser wird, denn der Kampf wird ein heißer werden.

g. Bürgerauschuhführung in Verghausen. (Unliebham verpätet.) Am Dienstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, fand eine Bürgerauschuhführung statt, bei der zwei Punkte zur Beratung standen. Der erste Punkt betraf die Verlegung des Hofwaidgrabens durch Ziegeleibesitzer. Eder hier, wegen des Ausdeutungsobjekts im Gewann Hofwaid schwebt zurzeit eine Klage des Ziegeleibesitzers Eder gegen unsere Gemeinde. Wir werden nach Erledigung dieses Prozesses eingehend darauf zu sprechen kommen. Der Bürgerauschuh stimmte der Verlegung des Grabens zu, damit wenigstens das Gelände, auf der die Föhlenweide, der Gänshag und der Turnplatz erstellt sind, der Gemeinde erhalten bleiben, bezw. nicht ausgebeutet werden. — Der zweite Punkt betraf die Regelung der Gehälter der hiesigen Gemeindebeamten und Bediensteten. Zur Vorberatung war eine Kommission eingesetzt worden, die sich aus je drei Vertretern der auf dem Rathaus in Betracht kommenden Parteien zusammensetzte. Die sozialdemokratische Partei stellte den Antrag, die Gehälter fest zu regeln, also die Diäten abzuschaffen; die bürgerlichen Parteien erklärten sich mit diesem Vorschlage einverstanden. Es herrschte auch bezüglich der Höhe der Gehälter nahezu volle Einmütigkeit; beim Gehalt der Feldhüter wollte ein Teil des Bürgerauschuhes denselben nur von 250 auf 300 Mk. nebst Fangegebühren für Felddiebstahl erhöht wissen. Die sozialdemokratische Partei hielt am Kommissionsbeschlusse fest, der auf 400 Mk. o h n e Fangegebühren lautete. Unsere Fraktion war der Ansicht, daß, wenn endlich die vielen Klagen über mangelhafte Feldhüter aufgehören sollen, unsere Feldhüter auch dementsprechend bezahlt werden müssen. Das Gehalt der Waldhüter wurde von 400 auf 500 Mk. erhöht, das Gehalt des Waldmeisters von 100 auf 150 Mark. Von unserer Seite wurde angeregt, daß der Waldmeister darauf achten möge, daß in Zukunft nicht mehr schlechte Gabeln, wie es schon vorgekommen ist, an die Bürger abgegeben werden. Der Gehalt des Farrenwärters wurde auf 400 Mk. erhöht, der Gehalt der Polizeidiener wurde gleichgestellt mit 550 Mk. demjenigen des Grundbuchführersbeamten, der seit seiner Anstellung 300 Mk. Gemeindezuschuß bezog. Demselben wurde nur auf seine Eingabe hin der Zuschuß auf 200 Mk. erhöht. Für das 11 Uhr-Räuten werden jetzt ebenfalls 50 Mk. auszugeben, früher waren es nur 30 Mk. Der Gehalt der Gemeindebedienten war bisher ein ganz minimaler, er betrug ganze 20 Mk. nebst Diäten. Da die meisten Sitzungen vom früheren Bürgermeister auf vormittags anberaumt worden waren, so hatten manche Gemeinderäte einen beträchtlichen Ausfall an Geld und Zeit. Ein Teil der Kommission schlug vor, das Gehalt auf 60 Mk. zu erhöhen nebst Diäten; die sozialdemokratische Bürgerauschuhfraktion stellte den Antrag, 80 Mk. zu gewähren unter Wegfall der Diäten. In letzter Stunde erschien jedoch der Gemeinderat auf dem Plan und beantragte 100 Mk. und die bürgerlichen Parteien schlossen sich dem Vorschlag der Sozialdemokratie auf 80 Mk. an, der dann

wickelt sich hier wie im Westen der Stadt ab. Nun, Sie werden sich ja selbst bald davon überzeugen.“ Angela hatte bis zu diesem Abend mit einer Erklärung ihrer geschäftlichen Pläne gewartet. Es war nach der Beschäftigung des asphaltierten Gartens und des Glashauses, als sie im Arbeitszimmer, stolz und doch auch ein wenig ängstlich aussehend, zu reden begann. „Die Zeit ist gekommen“, sprach sie, anfänglich etwas stockend, „Ihnen zu erklären, was ich eigentlich vorhabe. Zuerst und vor allen Dingen, Rebecka, muß ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, die verantwortliche Leitung des Geschäftes zu übernehmen?“ „Ach, Fraulein Kennedy? Und welche Abteilung wollen Sie übernehmen?“ „Ich habe mir die Aufsicht über die Mädchen vorbehalten“, — sie unterbrach sich und errötete, — „das heißt, außerhalb der Arbeitsstunden.“ Bei dieser seltsamen Anfindigung starrten beide Mädchen ihre Arbeitgeberin verblüfft an. „Sie verstehen noch nicht, was ich will“, fuhr Angela fort. „Aber sagen Sie mir, Rebecka, ob Sie meinen Vorschlag annehmen.“ Die Augen des Mädchens funkelten, und in seine Wangen stieg ein leichtes Rot. Dann dachte sie an Joseph in Ägypten und seine plöbliche Beförderung zu Pharaos Minister und gewann Selbstvertrauen. Vielleicht war sie dem Posten gewachsen, vielleicht hatte sie die Beförderung wirklich verdient. „Das wäre also abgemacht“, fuhr Angela gelassen fort, als ob die Erhebung einer einfachen Arbeiterin zum Range einer Geschäftsführerin etwas Alltägliches wäre. „Und Sie, Rebecka, werden die Aufsicht in dem Arbeitsraume führen, wenn Rebecka nicht dort ist. Was die Buchführung betrifft.“ „Die bejorge ich“, fiel ihr Rebecka ins Wort und fügte errötend hinzu: „Ich will auch Sonntags arbeiten.“

gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Das Gehalt des Gemeindevorstehers sollte von 600 auf 800 M. erhöht werden, der des Bürgermeisters von 666 M. mit Diäten auf 1300 M. ohne jegliche Nebenbezüge, dazu käme noch die Summe von 100 M. als Sparsparantenvorstand, sodass die Bezüge des Bürgermeisters 1400 M. betragen würden. Von fortschrittlicher Seite wurde eine allmähliche Gehaltserhöhung beantragt, der Vorschlag wurde jedoch nicht angenommen. Von bürgerlicher Seite wurde gewünscht, vor 5 Jahren unter keinen Umständen irgend eine Gehaltserhöhung zuzugestehen. Von unserer Seite sprachen eingehend die Genossen B. und M., letzterer widmete den Gehaltsverhältnissen überhaupt längere Ausführungen. Er wies darauf hin, daß die heutige Bürgerauschussführung ein Rechtsein sein werde in der Geschichte der Gemeinde. Die Kommission wie auch die Mitglieder des Bürgerauschusses wären befristet gewesen, nach Pflicht und Gewissen die zum Teil schlecht bezahlten Posten entsprechend den heutigen teuren Lebensverhältnissen zu erhöhen. Wenn auch nicht alle Wünsche berücksichtigt werden konnten, so mögen die betreffenden Bediensteten doch bedenken, daß ein jeder heutzutage einen schweren Daseinskampf zu führen habe, daß aber auch die Gemeinde nicht zu stark belastet werden dürfe, denn der diesjährige Umlagefuß müsse um 6 Pf. gesteigert werden, sie mögen aber trotzdem mit Lust und Liebe im Dienst der Gemeinde ihre Arbeit verrichten. — Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde schließlich das Gehalt des Ratsschreibers, das schon einmal den Bürgerauschuss beschäftigt, auf 1100 M. fixum festgesetzt. Wir haben zu den diesen Punkt betreffenden Vorlesungen schon das nötige gesagt. Nachdem noch ein am die sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion gelangter anonymes Brief gebührend gemeldet war, hatte die Sitzung um 11 Uhr ihr Ende erreicht.

Mannheim. Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes zählte die Stadt Mannheim am Ende des Jahres 1912 insges. 205 000 Einwohner.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiter der Leipziger Automobilindustrie haben ihren am 1. April 1913 ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. In Betracht kommen Schmiede, Stellmacher, Sattler und Lackierer, etwa 200 Personen.

Der Bauhelfertarif in Stuttgart von den Unternehmern gekündigt. Im Jahre 1911 kam es nach einem mehrwöchentlichen sehr erbittert geführten Streit zum Abschluß eines Tarifs, der am 1. April dieses Jahres abläuft. Der Streit bot damals den Greifflügel eine wirklich ausgenützte Gelegenheit, sich als Streikbrecherheranten en gros zu etablieren, wobei sie sich noch eine ungeheure Blamage zuzogen, da die sozialistisch herbeigekommenen Streikbrecher die eingearbeiteten tüchtigen Gesellen nicht ersetzen konnten. Jetzt haben die Unternehmer den Tarif gekündigt, wahrscheinlich in der Absicht, das Bestehende nach rückwärts zu revidieren. Das dürfte ziemlich schwer werden, und wenn die Unternehmer aus der letzten Tarifbewegung nichts gelernt haben, so müßten sie eben nochmals gezwungen werden, einzusehen, daß organisierte Arbeiter eine einmal erlangene Position nicht so leicht preisgeben. Die Tarifbindung im Schlossergewerbe Stuttgart durch die Unternehmer läßt aber darauf schließen, daß auch an andern Orten und in andern Bauhandwerken die Unternehmer aggressiv gegen die Arbeiter vorzugehen gewillt sind. Sinter dem Angriffsplan steht wohl niemand anders als der Unternehmerverband für das Baugewerbe.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Frauentag findet in diesem Jahre am 2. März statt. Sind an einzelnen Orten passende Lokale für den 2. März schwer zu bekommen, so können die Versammlungen auf den 3. März verlegt werden.

Soziale Rundschau.

In die Eltern und Vormünder!

Die Zeit der Schulentlassung rückt immer näher heran und an alle Eltern und Vormünder tritt bald die Frage heran, Welches Handwerk soll unser Sohn oder Mündel lernen? Die Doanantwort dieser Frage wird oft eine ziemlich schwierige, denn ein großer Teil der Eltern kennt die Eigenart mancher Berufe oft gar nicht oder nur sehr wenig. Da aber heute die meisten Berufe direkt überfüllt sind oder deren Berufsangehörige unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, wird es für manche Eltern von Vorteil sein, wenn die Berufsverbände früh genug auf die Schäden dieser Handwerke hinweisen. In einem derartigen Berufe, deren Arbeiter unter den schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben, gehört auch der Glaserberuf. Wenn es noch Handwerke gibt, in welchen sich die Arbeiter weiter bilden und dadurch in den Stand versetzt werden, sich für ihr ferneres Leben auf anspruchsvolle Art und Weise durchschlagen zu können, so ist dies in der Glasererei vollständig ausgeschlossen. Die Glasergehilfen sind ziemlich die am schlechtesten bezahlten Arbeiter des gesamten Bauberufs. Erst vor einem Monat sind in den Provinzialstädten noch Wochenlöhne von 12 M. festgesetzt worden. In den Großstädten ist aber die Glasererei zu einem Saisongeschäft herabgesunken, sodass sogar das „Reichsarbeitblatt“ vom 2. November ds. J. feststellen mußte, daß die Glaser in der Statistik der Arbeitslosigkeit an vierthöchster Stelle aller Berufe stehen. In Berlin und Brandenburg kommen auf 100 Berufsangehörige durchschnittlich 21 Arbeitslose pro Jahr. Das sind ganz erschreckende Zahlen, wenn man dabei in Betracht zieht, daß das Tätigkeitsfeld nur auf West-, Nord- und Ostdeutschland und die Rheinprovinz beschränkt ist. Auch dadurch, daß hauptsächlich nur in den Monaten Oktober bis Februar Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, wird durch die verfrügte Arbeitszeit der Lohn ganz bedeutend reduziert.

Besonders werden die jüngeren Arbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen, weil die Unternehmer gar nicht mehr imstande sind, neben der Bauarbeit auch noch die Kunstglazerei zu lehren. Die Großbetriebe besaßen sich überhaupt nicht mehr mit der Ausbildung von Lehrlingen und die Kleinmeister suchen, mit wenigen Ausnahmen, nur möglichst viel Profit aus den jungen Menschen herauszuschlagen. Nach der Wehrzeit werden dann diesen jugendlichen Arbeitern die traurigsten Hungerlöhne angeboten. Die Eltern des Knaben müssen aber auch für diesen Beruf Rücksicht auf den Gesundheitszustand selbst nehmen. Es wäre falsch, einen Knaben, der zu Erschlaffungen neigt, oder reizbare Nervenorganismus infolge von Jaglust und Kälte ist, diesen Bauberuf erlernen zu lassen. Schon jetzt hat sich in den weitesten Kreisen die Einsicht Bahn gebrochen, von der Erlernung des Glaserhandwerks Abstand zu nehmen.

Deshalb wenden ja jetzt auch die Unternehmer jedes Mittel an, die Lehrlinge aus der Provinz heranzuziehen. Wir ersuchen deshalb die Eltern und Vormünder, welche ihre Pflegekosten dennoch das Glaserhandwerk erlernen lassen wollen, sich an die örtlichen Gesundheitsorganisationen, oder direkt an nachstehende Adresse zu wenden. Zur näheren Auskunft sind wir gern bereit, Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abrufen gebeten.

Zentralverband der Glaser.

M. Müller, Hamburg, Besenbinderhof 68, 2.

Vom Formstecherberuf. In bürgerlichen Zeitungen erschien in den letzten Wochen ein Eingekauft, das sich mit der gewiß für jeden, der die Schule verläßt und ins öffentliche Leben hinaustritt, sehr wichtigen Frage befaßt: „Was will ich werden?“ In diesem Eingekauft wird für ein besonderes Handwerk, und zwar in zum Teil unrichtiger Weise Propaganda gemacht. Es heißt darin: „Unter anderen Berufen wollen wir unser Augenmerk auf die Erlernung der Formstecherei lenken; wie vielen Menschen ist dieser Beruf vollkommen unbekannt, und doch ist die Herstellung dieser, zum Bedrücken der Tapeten, Linoleum, Seide, Wachsdruck, Holz usw. benutzten Druckwalzen und Formen ein Beruf, der diejenigen, die ihn einmal erwidelt haben, fest an sich fesselt. Wohl ist auch hierbei nicht jedem vergönnt, selbstständig zu werden, aber die Befähigung der Arbeit, der Verdienst, der bei täglich neunstündiger Arbeitszeit für tüchtige Geübten 6 M. und darüber beträgt, läßt jedem ordentlichen Gehilfen die Mühe in seinem Berufe erzielen, welche die Möglichkeit zur Begründung eines eigenen Haushaltes erfordert. Wenn man ferner bedenkt, daß auch für Leute mit kleinen Körperbauelementen durch die dauernde Beschäftigung in trockenen Räumen dieser Beruf besonderes Interesse bietet, dann wäre die Formstecherei wohl geeignet, neben vielen anderen Ständen als Lebensberuf erwählt zu werden.“

Die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse im Formstecherberuf sind denn doch etwas anderes. Der Formstecher stellt die Druckwalzen und Formen für Tapeten, Linoleum, Wachsdruck, Seide und Natun her. Es werden in Deutschland nach der im letzten Jahre aufgenommenen Statistik ca. 670-700 Formstecher beschäftigt. Diese kleine Zahl von Gehilfen verteilt sich auf 33 Orte in ganz Deutschland. In der Branche selbst ist der Kleinbetrieb vorherrschend, nur ganz vereinzelt werden bis 20 und mehr Gehilfen beschäftigt. Die Lehrlingsgehälter sind in sehr vielen Betrieben fast in Lösung. Die gezahlten Stundenlöhne schwanken zwischen 2 bis 3 Pf., ganz vereinzelt werden bis 68 und 70 Pf. gezahlt. Die Feiertage werden nicht gezahlt. Die Formstecherei ist ein ausgeprägtes Saisongeschäft, die gute Konjunktur fällt in die Monate Oktober bis Mai und Juni. Sehr häufig sind daher die Formstecher im Sommer wochenlang arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit trat in den letzten zwei Jahren nicht so stark hervor, weil die Geschäftskonjunktur eine besonders gute war. Wer die Formstecherei erlernen will, muß Talent zum Zeichnen und ein sehr gutes Auge haben.

In der Branche besteht noch die Unsicherheit, daß trotz der schlechten Lage sich ein jeder sein eigenes Werkzeug halten muß, was eine Ausgabe von mindestens 50-60 M. verursacht und jährlich 10 M. für Erneuerung erfordert. Da an vielen Orten nur ein Formstecherbetrieb besteht, ist der Arbeiter gezwungen, öfter den Arbeitsplatz zu wechseln, was besonders für den Verdiensten sehr unangenehm und kostspielig ist. Aus diesem Grunde ist es erwünscht, daß, wenn der Formstecher einmal ein eigenes Heim gründen will, er vielfach zu einem anderen Berufe übergeht. Wir wollen aber zum Schluß konstatieren, daß es uns ganzlich fern liegt, etwa irren Beruf mit einer Art ästhetischer Natur umgeben zu wollen. Unsere Aufgabe soll es nur sein, die schönen Hoffnungen, die das Eingekauft in den bürgerlichen Zeitungen in den jungen Leuten hervorgerufen muß, auf das richtige Maß zurückzuführen und festzustellen, daß auch in der Formstecherbranche der Kampf ums Dasein ein sehr harter ist.

Der Verband der Lithographen und Steinbildner.

Die Zentralkommission der Formstecher.

C. Schubart.

Deutscher Reichstag.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Ministerialdirektor Janquiere: In meiner Rede am 25. Januar bezüglich der Sicherheitsvorschriften für den überseeischen Passagierverkehr ist mir ein Irrtum unterlaufen insofern, als ich gesagt habe, daß seitens der seemannischen Arbeiterorganisation ein Herr Paul Müller zugegen und mit den Verhandlungen einverstanden gewesen sei. Es hat sich herausgestellt, daß nicht ein Herr Paul Müller, sondern ein Herr Paul Hoffmann anwesend gewesen ist. In dem damaligen Schematismus meiner Rede habe ich die Zuweisung richtig gestellt. In der letzten Nummer des Organs des Herrn Paul Müller wird mir der Vorwurf eines „Tricks“ gemacht. Ich nehme jetzt Anlaß, die in gutem Glauben abgegebene Erklärung in der gegebenen Weise richtig zu stellen. — Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern bei dem Titel fortgesetzt.

Reichsversicherungsordnung

Abg. Körtzen (Soz.) bespricht die Feststellungen von bekannten medizinischen Autoritäten über Berufskrankheiten. Als er dabei ein längeres Gutachten über Bleiweißvergiftung verliest, mahnt ihn der Präsident durch ein Glockenzeichen, die Verlesung nicht zu sehr auszudehnen. Unter großer Heiterkeit bricht der Redner das Vorlesen ab mit der Bemerkung: „Ich höre schon auf, Herr Präsident.“ Dann erklärt der Redner noch des weiteren die Gefährlichkeit der Bleiweißvergiftungen, wogegen vom Bundesrat noch nicht genügend vorgegangen werde. Dann führt der Redner Beschlüsse darüber, daß offensichtliche Unfälle nach Möglichkeit von den Berufsangehörigen zu den Gewerbekrankheiten gezählt und daß es den Arbeitern oft ganz unmöglich gemacht werde, gegenüber dieser Schädigungen Recht zu finden.

Abg. Becker-Arnberg (Ztr.) Wir fordern in unserer Resolution, daß sämtliche gewerbliche Berufskrankheiten unter die Unfallversicherung gestellt werden.

Abg. Eck (natl.) Viele Unfallverhütungsvorschriften im landwirtschaftlichen Betriebe hindern mehr den Betrieb, als daß sie der Unfallverhütung nützlich sind.

Abg. Rehrs (Wirtsch. Ver.) Nach dem Beispiel Bayerns sollten in sämtlichen landwirtschaftlichen Berufsorganisationen Arbeiter in den Vorstand gewählt werden. Unangemessen ist es, in Industriegebieten Landkrankenkassen einzurichten. Besser sind hier die Ortskrankenkassen.

Abg. Laubadel (Soz.) weiß auf den starken Rückgang der Invalidenrente hin, namentlich in Schlesien, obwohl die Zahl der Versicherten zunimmt. Hier wird offenbar in unzulässiger Weise gespart. Die Arbeits- und Anstellungsverhältnisse der Berufsangehörigen lassen viel zu wünschen übrig. Das Reichsversicherungsamt sollte Normen für das Aufzählen der Unterbeamten in die Mittelstellen schaffen.

Abg. Rohmann (Ztr.) Die trübten Zustände, wie sie in den Gesundheitsverhältnissen der Bergleute vorhanden sind, finden sich auch in Oberschlesien und im Saarrevier. Die Unzufriedenheit der Versicherten richtet sich weit weniger gegen die soziale Versicherung als vielmehr gegen die Art ihrer Handhabung. Die große Zahl von Unfällen in der Großhellen-Industrie ist auf die lange Arbeitszeit und besonders auf das Arbeitslohnsystem zurückzuführen. In den Bergwerken lassen sich die Oberbeamten oft an den nötigen Unfallverhütungsvorschriften fehlen.

Ministerialdirektor Caspar: Ueber die Einbeziehung der gewerblichen Krankheiten in die Unfallversicherung haben bereits eingehende Erwägungen stattgefunden. Bezüglich der Steinarbeiter, von denen ein großer Teil lungenleidend ist, hat man noch keinen Beschluß erzielen können, da große materielle Schwierigkeiten zu überwinden sind. Die Zahl der Men-

ten hat im Laufe der Zeit eine derartige Höhe erreicht, daß es auch dem Reichstag notwendig erschien, eine Nachprüfung hinsichtlich zu lassen, ob die Grenzen des Gesetzes bei der Bewährung der Renten innegehalten worden sind. Darauf ist eine Einschränkung der Renten eingetreten.

Abg. Silberhämbi (Soz.)

wünscht eine Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften im Baugewerbe. Hier hätten die Unfälle in beängstigender Weise zugenommen. Die Zahl der Toddeverurteile nimmt gleichfalls stark zu. Die Errichtung von Ständergerüsten ist überall nötig. Trotz aller Maßnahmen nimmt die Unfallzahl nicht ab, sondern zu. Das Reichsamt des Innern soll für den Erlaß einer größeren Anzahl von Unfallverhütungsvorschriften und für Einstellung von mehr Beamten eintreten.

Abg. Wiesberts (Zentr.) Die Schaffung von Landkrankenkassen erfolgt vielfach nach falschen Gesichtspunkten.

Abg. Haegh (Eis. Zentr.) Es müßte doch möglich sein, die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre herabzusetzen und die Rente zu erhöhen, eventuell durch Erhöhung des Reichszuschusses.

Abg. Uster (Zentr.) Die Gründung der Detaillisten-Berufsgenossenschaft ist erfreulich.

Abg. Sachs (Soz.) Bei der Schaffung von Landkrankenkassen im Industriebezirk zeigt sich die falsche Politik des Zentrums.

Ministerialdirektor Caspar: Die Entscheidung darüber, ob Landkrankenkassen errichtet werden können, ist dem Reichsversicherungsamt entzogen und den Landesbehörden übertragen. Das Kapitel wird darauf bewilligt und die Resolution wegen Einführung der gewerblichen Berufskrankheiten in die Unfallversicherung angenommen.

Mehrere Kapitel werden ohne erhebliche Debatte bewilligt. Es folgt Kapitel: Aufsichtsrat der Privatversicherungen.

Abg. Taubdel (Soz.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Abonnentenversicherungen der Zeitungen verboten werden sollten. Es haben sich große Mühen herausgebildet. Selbstamerweise kommen die uns vorgelegten Denkschriften zu dem Schluß, daß es sich um eine Versicherung von weitestgehend wirtschaftlicher Bedeutung handle.

Abg. Dr. Marcour (Zentr.) Wir sind nicht einverstanden damit, daß die Denkschrift von den besonders jenseitigen Wirkungen für den Arbeiter- und Handwerkerstand spricht. Die Summen, die in der Denkschrift angegeben werden, sind zum Teil wohl etwas übertrieben. Es hätte auch nachgewiesen werden sollen, wie die Verhältnisse bei den nichtbeaufschlagten Versicherungen liegen. Meine Partei steht auf dem Boden unserer vorjährigen Resolution, wonach jede Art Abonnentenversicherung zu verbieten ist. Die Presse hat hohe Ideale zu erfüllen. Durch derartige Aufgaben wird sie in ihrer Wirksamkeit gehindert.

Abg. Jung (natl.) Ich nehme den Abonnentenversicherungen gegenüber eine freundliche Haltung ein. Ein absolutes Verbot der Abonnentenversicherung wäre ein Ausnahmegericht. Von einem Unfug und Unwesen kann nicht gesprochen werden, zumal Abonnentenversicherungen auch eine Lücke zwischen den großen Versicherungsgesellschaften und der Zwangsversicherung ausfüllen.

Ministerialdirektor Caspar: Die Denkschrift soll nur den Charakter haben, Material zu bieten für weitere Maßnahmen. Es ist nicht richtig, daß das Aufsichtsamt den Abonnentenversicherungen gegenüber Zurückhaltung übt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der Beratung. Schluß 7 Uhr.

Neues vom Tage.

Doppel-Selbstmord.

München, 5. Febr. Heute früh ereignete sich hier ein schreckliches Missetat. Von der Großhesseloher Eisenbahnbrücke, die 25 Meter hoch ist, stürzte sich der Fähnrich Kornhammer vom 9. Infanterie-Regiment in Würzburg mit seiner Geliebten, einer 20jährigen Fabrikantentochter namens Seibel in die graufige Tiefe. Der Fähnrich war sofort tot. Das Mädchen wurde mit schweren Verletzungen aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht, wo es kurz nach der Einlieferung verstarb.

Mord-Affäre.

Mülheim (Ruhr), 4. Febr. Der städtische Beamte Mitsch, der widerrechtlich in ein Haus eingedrungen war und sich dort in einem Zimmer beschriebene, erschoß den Kellerer Garbenberg, der ihn entfernen wollte, mit einem mitgeführten Mittatengewehr und verwundete eine andere Person schwer durch Kolbenschläge. Der Erschossene ist Vater von 9 Kindern.

Grubenunglück.

Sargburg, 4. Febr. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich, die die Braunkohlegrube „Landeszeitung“ wobei, auf der Eisensteingrube Friederike, die zur Nachtzeit gehörte. Durch die Herabsturz von Erdbmassen wurden zwei Arbeiter, beide Brüder und verheiratet, sowie ein Viehdiebser getötet und ein Sechziger schwer verletzt.

Erdrutsch im Panamakanal.

Paris, 5. Febr. Einer Erdbildung des Neuhort Herald zufolge ereignete sich am 16. Januar und in der Nacht zum 19. große Erdrutsche am Panamakanal, die beide Ufer in ernste Gefahr bringen. Man befürchtet neue Rutschungen, die etwa 25 000 Kubikmeter Erde ins Gleiten bringen und der Kanal ganz verschüttet würden. Bisher waren keine Verluste an Menschenleben zu beklagen.

Explosionsunglück.

Büsch, 4. Febr. Gestern nachmittag ereignete sich in der elektrothermischen Fabrik Seebach bei Oerlikon infolge Entzündung einer Kohlenfäureflasche eine Explosion. Der Direktor Kühne wurde in Stücke gerissen, zwei Arbeiter schwer verletzt. Das Fabrikgebäude brannte bis auf den Grund nieder.

Flieger-Aktus.

Zürin, 4. Febr. Gestern nachmittag stürzte der Flieger Giuseppe Rosari auf dem hiesigen Flugplatz aus einer Höhe von 80 Metern ab. Er starb, ohne das Parachute wieder erlangt zu haben.

Eisenbahnunglück.

Braila, 4. Febr. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich gestern bei Chitilla zugetragen. Dort ist der Personenzug Bukarest-Jassy mit einem von Bietoroda kommenden Zuge zusammengestoßen. Gleichzeitig fuhr auch der aus Kretona kommende Zug in den Anlauf hinein. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind nur zwei Personen getötet worden. Eine große Anzahl Reisende und Zugbeamte sollen mehr oder weniger schwer verletzt worden sein.

Werftet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Aus dem Lande.

Durlach.
 Eine Eiche wurde dieses Jahr im Diebstahl des Durlacher Gemeindefeldes (Oberwald) gefällt von rund 28 Kubikmeter im Werte von ca. 1100 Mk. Die Eiche hat ergeben: 14,47 Festmeter Kiefernholz, 18 Ster Brennholz, gleich 12,80 Festmeter, und 50 Brühlwellen, gleich 1 1/2 Festmeter, zusammen 28 Festmeter.

Eutingen.
 Wirtschaftswechsel. Zum kommenden Quartal werden verschiedene hiesige Wirtschaften den Inhaber wechseln. Sonnenwirt Weisenburger zieht auf die Wirtschaft zum „Alten Fähr“ bei der neuen Mairie. Auf die „Sonne“ kommt der hiesige Hirchwirt Kurrer aus Ruppurr und auf die „Krone“ zieht ein Metzger und Wirt namens Wilhelm von Keusch-Neurent.

Baden-Baden.
 Konsumgenossenschafts-Versammlung. Der Konsumverein Baden-Baden, G. m. b. H., veranstaltet am Dienstag, 5. Februar, abends 8 Uhr, in Sinners Saalbau einen öffentlichen Vortrag über: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung in wirtschaftlicher und ethischer Bedeutung“. Als Referent ist der bekannte Genossenschaftler Prof. Dr. Staeding er-Darmstadt gewonnen und wird dieser Vortrag, besonders für die Massenbetriebe Arbeiterchaft, des Interessanten genug bieten. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Parteigenossen und Genossenschaftler sich zahlreich einfänden werden.

Offenburg.
 L. Spargelüberschüsse. Stetten der Stadt aus dem Jahre 1911 rund 35 800 Mk. zur Verwendung zur Verfügung. Davon sollen 20 000 Mk. zu den Kosten des Krankenhausbetriebes, 3000 Mark zum Pensionsfond der städtischen Beamten verwendet werden. Die Volksschule soll 5000, der Kindergarten 1000, der Kinderhort 500, die Ferienkolonien 500 und die innere Ausstattung der Oberrealschule 5500 Mk. erhalten.

Forstheim. 6. Februar. Vorgefunden früh, jedenfalls vor 7 1/2 Uhr, wurde im Hause Kronprinzstr. 17 die 21 Jahre alte Kontoristin Johanna Krauß von ihrem Geliebten, dem Kaufmann Friedrich Ehr, 26 Jahre alt, geb. aus Wildenstein, auf dessen Zimmer durch tiefes Einschneiden des Halses mittels eines Rasiermessers getötet. Der Täter hat sich selbst unter der Angabe, er habe einen Wadenschuß im Hals abgefeuert und sich selbst die Pulswärme geöffnet, schwer verletzt dem groß. Bezirksamt gestellt. Man fand hierauf die Gebeine in ihren Kleidern in einer Blutlache im Bett und das ganz mit Blut bedeckte Rasiermesser auf dem Nachttisch liegen. Wie festgestellt, bestanden sich beide um 2 Uhr morgens nach in einer Wirtschaft beim Selbsttrinken. Die Gebeine soll sich vor kurzer Zeit schon mit Selbstmordgedanken befaßt haben, da das Verhältnis mit dem Kaufmann nicht ohne Folgen geblieben und ihre eitle Begierde nach Reichtum nicht in Aussicht gestellt worden war. Seit einigen Wochen hielt sich das Mädchen nicht mehr in elterlichen Hause, sondern in Eutingen auf. Der Täter Friedrich Ehr wurde zunächst ins städt. Krankenhaus, alsdann aber ins Amtsgefängnis verbracht.

Forstheim. 4. Febr. Seit Sonntag abend wird der 53jährige Forstwart K. Keller von Eutingen vermisst. Er kehrte am 2. Februar bald nach Mitternacht die Wirtschaft zum „Baldborn“ in Eutingen und wurde von einem Geist bis zur Enghölde begleitet, nachdem er mit einem anderen Geist Auseinandersetzungen gehabt hatte und von diesem bedroht worden war, er werde mit ihm noch abrechnen. Keller ist entweder in die hochgehende Eng geföhrt oder es wurde an ihm ein Verbrechen verübt. Der 43jährige verch. Kolporter W. Müller, mit dem K. einen scharfen politischen Meinungsaustrausch hatte, wurde vollständig festgenommen. Bis jetzt hat sich aber, abgesehen von dem Wortgefecht im Wirtschaftsaue, kein bestimmter Angehaltener Eigenart. Aber auch die norddeutschen Beamten sind in ihrer Zeichnung gut angelegt. Besondere Sicherheit löste die Vorgesandtheit von den biederem Bewohnern des elsässischen Vorgesandtheits Obermorgelach ein „Schripfen“ geschlagen wird. Die Leistungen des Ensembles fanden allgemeine Anerkennung und lösten allenthalben die größte Zustimmung und Bewunderung aus. Besonders verdient um den gänstigen Eindruck des ganzen machte sich Adolf Horch als Gastwirt Schimmel. Seine Leistungen überragen diejenigen so manches Berufscharakterpietlers. Adolf Horch ist ein Charakterkomiker, wie ihn manch großes Theater nicht besser aufzuweisen hat. Mit dieser Feststellung dürfte Horchs Spiel am würdigsten anerkannt sein. Aber auch die übrigen Mitglieder des Ensembles mußten sich recht vorteilhaft in den Rahmen zu passen. Das gilt besonders für Fritz Dörz als Schmutzgeräucher François Geyer. Ebenso war Eug. Crisquis „Chapote“ eine scharf gezeichnete Figur. Die Beamtenschaft war sehr gut vertreten durch Herrn Kamier (Gueurat), Lucien Hl (Obergetzkontrollleur) und Georg Laurre (berittener Grenzaufseher). Auch das Ehepaar Hibel war durch René Goeß und J. Goeß-Ganier gut vertreten. Das gleiche Lob gilt auch für die Damen: Jamy Kamier (Rahle) und Helene Wagner (Salomé). — Jedenfalls man freute sich herzlich über das natürliche Spiel der Darsteller und verbrachte ein paar angenehme, frohlaunige Stunden.

Theater und Musik.

Stofftheater Karlsruhe.

Nach mancher heitere und angenehme Stunde brachte uns der Faschings-Spielplan des Stofftheaters. So löste am Sonntag abend die „Fieberman“ wiederum ihre niederliegende Anziehungskraft aus. Mit leidenschaftlichem Temperament und mit allen Feinheiten des musikalischen Ausdruckes mußte Leop. Reichwein die zahlreichen Schönheiten dieser ewig-jungen Operette herauszuholen. Die bewährte hiesige Besetzung, mit Hans Wuffard als brillanter Stenist im Mittelpunkt, dürfte genügend bekannt sein, so daß wir nur des Gastes und zweier Umgebungen zu gedenken hätten. Eine Tuschfaun von der Nachbarbühne Mannheim sang für die unapfänglich gewordene Theresie Müller-Meißel die Partie der Adele. Ihr Kammerlädchen war äußerst lebendig und feich. Auch gelanglich konnte die Dame vollumfänglich besprochen. Den Prinzen Orlofsky hatte erstmals Marg. Bruntsch zu verkörpern; sie entledigte sich dieser Aufgabe mit bestem Gelingen. Ebenso war der „Frosch“ Carl Dapper bei der drastischen Aufführung von guter Wirkung. Auch sonst verlief die Aufführung sehr zufriedenstellend und verdient besonders die Ballettinslage lobend hervorzuheben zu werden.

Am Montag besuchten uns liebe Gäste. Das Ensemble des „Elsässischen Theaters in Strahburg“ brachte hier zum erstenmal seine Komödie „Der Schmuggler“, Komödie in 4 Akten von Arthur Dinter, zur Wiedergabe. Diese Komödie darf zu den besten Schätzen des Strahburger Repertoires gezählt werden. Sie ist überaus reich an komischen Momenten, ergötzlichen Verwicklungen und wirkungsvoller Lustspielkennzeichen, bei gleichzeitiger Verbindung mit einer ausreichenden Dosis trefflicher Satire auf das „alldäuerliche“ Beamtentum und den „H. preuch. Militarismus“. Die elsässischen Charaktere und Redeweisen sind alle ausgezeichnet von großer Komik und politischer Eigenart. Aber auch die norddeutschen Beamten sind in ihrer Zeichnung gut angelegt. Besondere Sicherheit löste die Vorgesandtheit von den biederem Bewohnern des elsässischen Vorgesandtheits Obermorgelach ein „Schripfen“ geschlagen wird. Die Leistungen des Ensembles fanden allgemeine Anerkennung und lösten allenthalben die größte Zustimmung und Bewunderung aus. Besonders verdient um den gänstigen Eindruck des ganzen machte sich Adolf Horch als Gastwirt Schimmel. Seine Leistungen überragen diejenigen so manches Berufscharakterpietlers. Adolf Horch ist ein Charakterkomiker, wie ihn manch großes Theater nicht besser aufzuweisen hat. Mit dieser Feststellung dürfte Horchs Spiel am würdigsten anerkannt sein. Aber auch die übrigen Mitglieder des Ensembles mußten sich recht vorteilhaft in den Rahmen zu passen. Das gilt besonders für Fritz Dörz als Schmutzgeräucher François Geyer. Ebenso war Eug. Crisquis „Chapote“ eine scharf gezeichnete Figur. Die Beamtenschaft war sehr gut vertreten durch Herrn Kamier (Gueurat), Lucien Hl (Obergetzkontrollleur) und Georg Laurre (berittener Grenzaufseher). Auch das Ehepaar Hibel war durch René Goeß und J. Goeß-Ganier gut vertreten. Das gleiche Lob gilt auch für die Damen: Jamy Kamier (Rahle) und Helene Wagner (Salomé). — Jedenfalls man freute sich herzlich über das natürliche Spiel der Darsteller und verbrachte ein paar angenehme, frohlaunige Stunden.

punkt ergeben, der zumungunsten des Verhafteten spricht. Müller selbst stellt inogend welche Gewalttat entschieden in Abrede. Forstwart Keller, der als sehr pflichttreu galt, hatte viele Freunde in Eutingen und es ist nach dem „F. Anz.“ nicht unmöglich, daß ihm ein solcher, den Streit in der Wirtschaft beruhigend, aufgelauert hat. Die Inhaber sind von mehreren Gendarmen und Kriminalbeamten mit 2 Polizeihunden abgeführt worden. Die Nachforschungen sind durch das Hochwasser jedoch sehr erschwert.

Von dem verschwundenen Forstwart Keller in Eutingen ist auch gestern keine Spur gefunden worden, obwohl 5 Gendarmen und 2 Kriminalpolizisten den ganzen Tag nach ihm suchten. Besonders wurde auch der Ablauf des Kanals bei der ersten Brücke mit einem Rachen gründlich, aber ergebnislos abgesehen. Der Fluß konnte mit dem Rachen noch nicht abgeseigt werden, da das Hochwasser zu reichend war. Gestern abend 5 Uhr wurde außer dem bereits verhafteten Kolporter Müller noch ein zweiter Verdächtiger festgenommen. Es ist der in Eutingen wohnende, verheiratete Maler E. Wilhelm. Dieser sah auch im „Baldborn“ und ging ungefähr zu gleicher Zeit wie Keller nach Hause. Er wohnt ganz in der Nähe der Kellerschen Wohnung über der Eng.

Mannheim. 3. Febr. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, am vergangenen Faschnachtsontag einen Mörder weiz zu waschen. Ueber den außerordentlichen Vorfall berichtet das „Mannh. Ztbl.“ folgendes: Ein schwarz kolorierter Faschnachtsnarr wurde am Neckplatz von einem Schutzmännchen angehalten, der ihn auf das Verbot hinwies, sich bis zur Unerkennlichkeit zu bemalen. Als der Wigger eine brummige Antwort gab, verbrachte ihn der Schutzmännchen mit sanfter Nachhilfe zur nächsten Wache, und siehe, nach wenigen Minuten trat er, blütenweiß gezeichnet, als Europäer wieder über die Schwelle, von der Menge, die sich neugierig angehäuft hatte, mit lautem Hallo begrüßt.

Freiburg i. Br. 4. Febr. Warnung. Auf den Messen und Märkten Badens wurde von verschiedenen Sändlern zum Lösen von Geschirren jeder Art Lötlack zum Verkauf gebracht, der nach den Untersuchungen des Oesensil. Untersuchungsamtes der Stadt Freiburg i. Br. ca. 60 Proz. Blei enthält und deshalb beanstandet wurde. Da die Herstellung dieses Drahtes in Berlin erfolgte, wurde der Polizeipräsident dortselbst in Kenntnis gesetzt, der nunmehr folgende Warnung erläßt: „Es ist beobachtet worden, daß im Straßenhandel als Lötlack zum Lösen von Eß-, Trink- und Kochgeschirren im eigenen Haushalt ein Giftbrot betriebe wird, der aus einer gegen 60 Proz. Blei enthaltenen Blei-Zinnlegierung besteht und im Innern mit Zinkchlorid ausgefüllt ist. Im gesundheitlichen Interesse dürfen Gefäße der genannten Art an ihrer Innenseite gederbsmäßig nur mit einem höchstens 10 Proz. Blei enthaltenden Metalllegierung auf Grund des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1887 gelötet werden. Das Publikum wird in seinem eigenen gesundheitlichen Interesse gearnt, derartigen Lötlack für die angegebenen Zwecke zu verwenden. Gewerbetreibende, die geschäftliche Lösungen der angegebenen Art vornehmen sollten, versehen gegen das erwähnte Gesetz, sowie unter Umständen auch gegen die einschlägigen Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes.“

Freiburg i. Br. 4. Febr. Seit den letzten Tagen herrschen auf den Höhen des Schwarzwaldes schwere Unwetter und Schneefälle. Mehrfach wurden starke elektrische Lichterscheinungen beobachtet und auch Erdbebenerscheinungen werden von verschiedenen Seiten gemeldet. An Telegraphen-Heizspeichen und Hochleitungen sind vielfach erhebliche Schäden und Störungen entstanden. Bedeutend ist auch in den Hochwäldern der Schaden durch Windbruch. Infolge des andauernden Regens und der schnellen Schneeschmelze führen die Schwarzwaldflüsse Hochwasser. Im Brigantinal sind weite Gebiete vollständig überschwemmt, ebenso die Niederungen im Donautal.

Konstanz. 3. Febr. Ueber einen Standal im städtischen Krankenhaus berichtet die „Volkswacht“. Danach wurde dort die Frau eines Arbeiters, die wegen Krankheit im Krankenhaus unterkunft suchen mußte, ins Zimmer einer geisteskranken weiblichen Person gelegt. Dem Arzt und den Krankenschwestern sei bekannt gewesen, daß bei der einen Patienten Geistesgekränktheit vorlag. Trotzdem wurde die Frau in dem mit Gitterfenstern versehenen Zimmer untergebracht und die Tiere von außen abgeschlossen. Nachts kam der verlegte Mann bei der anderen Patientin zum Ausbruch und es kam schließlich zwischen den beiden Frauen zu einem Kampf auf Leben und Tod. Nach 20 Minuten sei auf die Hilferufe hin Personal erschienen. Eine Aufklärung in dieser Angelegenheit muß dringend gefordert werden.

Die „Karlsruher Eisenbahngesellschaft“ und ihre Gründer.

Nachlese.
(Schluß.)

Als weitere Vergleichsziffer sei angeführt die unter der Leitung von Rirdorf stehende Eisenbahngesellschaft Bergwerks-M.G. mit 34 445 Arbeitern und 8,489 Millionen Tonnen Förderung, und der aus 20 Werken bestehende Deutsche Bankkonzern mit 72 594 Arbeitern und 19 351 Millionen Tonnen. Der Ziskus mit

seinen 11 136 Arbeitern und 2,31 Millionen Tonnen Förderung im Ruhrgebiet spielt daneben nur eine bescheidene Rolle. Insgesamt beherrschten die aufgeführten 7 Kohlenproduzenten mit der Siberia, der Sarpener Bergwerks-M.G. und dem Konzern der Dresdener Bank (Schaaffhausenscher Bank-Verein) 85 Proz. der gesamten Ruhrkohlenförderung.

Nun erinnert sich der Leser wieder daran, daß wir genau denselben Herrn Hugo Stinnes, A. Thyssen, F. Ganiel, E. Rirdorf, Direktor Altona-Deutsche Bank bereits wiederholt begegnet sind im Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.G. in Essen. Was wollen diese Kohlenmagnaten bei ihrer Beteiligung an dieser Stammunternehmung des Stinnes-Konzerns, wenn man ihn so nennen will, die wiederum auf dem Mittelwege die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft beherbergt und durch die Beteiligung an den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen in Mannheim, Darmstadt, Karlsruhe usw. in das Geschäft mit den Städten unmittelbar hinein kommen und sich den unmittelbaren Zugang zu deren Elektrizitätsunternehmungen verschaffen will? Sie wollen auf diesem Wege für ihre in den letzten Jahren geradezu unglaublich gesteigerte und die Bedürfnisse des Kohlenyndikates weit übersteigende und in ständiger Erweiterungsmöglichkeit befindliche Kohlenförderung sich den nach den Syndikatsbestimmungen zulässigen eigenen Absatz in eigenen Unternehmungen sichern, aus dem Verbrauch der Kohlen und der Erzeugung von elektrischer Energie, von Gas, Koks und allen Nebenprodukten sich diejenigen weiteren Gewinne verschaffen, die ihnen das Syndikat heute nicht gewähren kann, die Kommunen in ihren Elektrizitätswerken und in ihren Gasanstalten lahmlegen und als eigene Produzenten ausschalten. Derartige Maßnahmen der großen Zechenbesitzer sind in ihrem Interesse absolut notwendig, da das Kohlenyndikat nicht in der Lage ist, ihnen für den Absatz ihrer Kohlen eine Garantie zu schaffen und die heutige Förderung die reguläre Absatzmöglichkeit enorm übersteigt. Nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, Handelsblatt, vom 25. Januar 1909, Seite 3, dessen Zahlen sich mit denen in der „Neuen Zeit“ wiedergegebenen im wesentlichen decken, ist die deutsche Steinkohlenproduktion in den letzten 8 Jahren um nahezu 50 Prozent gestiegen, nämlich von 121,2 Millionen Tonnen im Jahr 1905 auf 177,10 Millionen Tonnen im Jahre 1912. Vergleicht man damit die neuen Beteiligungsziffern im Kohlenyndikat für den 1. Januar 1913 (bergl. „Frankfurter Zeitung“, Handelsblatt vom 4. Januar 1913 Seite 3), so ergibt sich, daß zwar die Steigerung der Beteiligungsziffern der im Syndikat vereinigten Zechen gegen 1908 bei Kohlen 4 Proz., bei Koks 27 Proz. und bei Briketts 68 Proz. beträgt, daß aber im Vergleich zu dem Vorjahre die Erhöhung bei Kohlen und Briketts eine verhältnismäßig geringfügige ist und hinter der vorjährigen sogar zurückbleibt, bei Koks dagegen rund 9 Prozent und weit größer ist als in den drei Vorjahren. Da das Kohlenyndikat ständig genötigt ist, den Verbrauch der Förderung auszuweiten, entgegenzutreten, und absolut nicht in der Lage ist, die gesteigerte Förderung aufzunehmen, so hat sich bekanntlich für die leistungsfähigen Zechen schon seit Jahren die Notwendigkeit ergeben, sich Eisenwerke („Hütten“) anzugliedern, um als Selbstverbraucher in diesen „Zechenhütten“ ihre weitergehende Produktion nutzbringend zu verwerten, während früher reine Hüttenwerke durch Angliederung von Kohlenzechen als sogenannte „Hüttenzechen“ sich von der Preispolitik des Syndikats unabhängig zu machen suchten. Der Kohlenproduzent und die mit ihm verbundenen Eisenhütten (Zechenhütten) müssen natürlich weiterhin auch für den Absatz der Hüttenprodukte sorgen und zur Sicherung dieses Absatzes ihrer Kohlen- und Salzfabrikate Einfluß auf die Verbraucher dieser Fabrikate in den verschiedenen industriellen Zweigen und bis hinein in die Kreise der schließlich Abnehmer für Maschinen, Schienen, Waggon, Eisenprodukte aller Art zu gewinnen suchen. Soweit aber die geförderten Kohlen weder beim Syndikat noch bei den Hüttenwerken Absatz finden können, müssen sie in elektrischer Kraft, in Gas, in Koks verwandelt werden, und es muß der Kohlenzechenbesitzer unter allen Umständen darauf ausgehen, wo er die Kohle nicht direkt absetzen kann, die von ihm erzeugte elektrische Kraft, das von ihm produzierte Gas, den von ihm gewonnenen Koks auf den Markt zu werfen und alle Konkurrenz auf diesem Gebiete niederzuwerfen. In diesem Bestreben sind selbstverständlich die kommunalen Elektrizitätswerke und Gaswerke ein Hemmnis, und darum handelt es sich heute in erster Linie darum, diese kommunalen Einrichtungen entweder zu erwerben oder auf ihren Geschäftsbetrieb einen maßgebenden Einfluß zu bekommen, sie zu unterbrechen, lahmzulegen und endlich still zu setzen, um damit schließlich auch auf diesem Gebiet das Monopol anzufahren. In dem Bericht unserer Studienkommission in Essen war bereits rühmlichst auf die von Stinnes eingerichtete Ferngasleitung hingewiesen, welche das Gas 300 Kilometer weit leitet oder zu leiten imstande ist. Kaum war in Mannheim im mit Hilfe der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft die Ober-rheinische Eisenbahngesellschaft gegründet, als schon Herr Stinnes sich bereit erklärte, durch die Ober-rheinische Eisenbahngesellschaft in Mannheim eine Kokerei erstellen zu lassen und mit dem als Nebenprodukt gewonnenen Gas in Mannheim und Fern Mannheim sowohl wie die sämtlichen Städte und Orte Unterbadens zu versehen. Daß bei Ausführung dieses Projektes das städtische Gaswerk in Mannheim, dessen Ausbau der Bürgerausschuß von Mannheim am 23. Juli 1912 mit einem Aufwand von 3,45 Millionen Mark beschlossen hatte, in absehbarer Zeit lahm und still gelegt werden würde, war für jeden Einsichtigen klar, und es hat infolgedessen der Bürgerausschuß in Mannheim es auch abgelehnt, den Vorschlag zu akzeptieren, ebenso wie gleichzeitig ein entsprechender Vorschlag der bekannten Großgasfirma Franke in Bremen abgelehnt wurde. Franke als Gasproduzent, der sich die erforderlichen Kohlen außerhalb des Syndikats zu sichern sucht, erscheint heute noch als ein Konkurrent der unmittelbaren Kohlenproduzenten auf dem Gebiete der Gasversorgung. Gerade wie seit dem Beschluß der badischen Regierung über den Ausbau des

cht weg, weiter.

Murgkraftwerkes die Concerne A.G. und S.S.M. in Verbindung mit dem Stinnesconcern an allen Ecken und Enden Deutschlands um die Wette Gesellschaften für Elektrizitäts- und Straßenbahnunternehmungen errichten, um noch die freien wirtschaftlichen Gebiete sich zu sichern und Staat und Gemeinden so viel als möglich an eigener wirtschaftlicher Betätigung zu verhindern, ebenso erhebt sich jetzt auf dem Gebiete der Gasproduktion ein Wettkampf zwischen den Gasproduzenten, wie Franke, und den unmittelbaren Kohlenproduzenten, wie Stinnes u. Gen., um die Gasversorgung der Städte. Beide versuchen in gleicher Weise durch ansehnend günstige Angebote und möglichst niedrige Gaspreise die Städte zu gewinnen, ihre eigene Gas- u. Koksproduktion nicht weiter auszudehnen, sondern einzuschränken, stehen zu bleiben, d. h. bei der heutigen rapiden technischen Entwicklung die dem Verfall preis zu geben. Fallen die Städte auf diese Lockungen herein, so wird damit zu den andern Monopolen das Gas- u. Koksmonopol begründet und der künftigen unbegrenzten Ausbeutung der Gesamtheit auch auf diesem Gebiete Tür und Tor geöffnet, und alles vernichtet, was die Städte, die sich Jahrzehnte lang mit Erfolg und Kosten bemüht haben, die Gaswerke in eigene Regie zu bekommen, hier erreicht haben. Die Niederlage der Städte auf diesem Gebiete wäre um so kläglicher, als gerade auf dem Gebiete der Gas- u. Koksproduktion der auf der Höhe der Technik stehende städtische Techniker genau so billig und gut produzieren kann, wie der private Techniker, und die Kohlengrubenbesitzer durch die Konkurrenz des Fiskus, des Auslands und der außerhalb des Syndikats stehenden Zechen nicht nur, sondern vor allem durch die ihnen bei einer Ueberwindung ihres Monopols und der Preisfestsetzung mit Sicherheit drohende und bereits sogar im Preussischen Landtag, nicht von sozialdemokratischer Seite, angedrohte Enteignung gehindert sind, die Preise der für die Gas- u. Koksproduktion und Elektrizitätserzeugung erforderlichen Kohlen ins ungemessene zu steigern. Aber den Vorprung auf dem Wege der Niederwerfung der städtischen Elektrizitäts- und vor allem auch der städtischen Gas- und Koksproduktion hat natürlich der Kohlenproduzent, der die städtischen Werke entweder selber als Pächter oder Kugnieher besitzt, oder der als Teilhaber einer gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung das Direktorium einer solchen Gesellschaft in der Hand hat, selber im Aufsichtsrat sitzt und mit seinen in der gleichen Richtung arbeitenden Aufsichtsratskollegen aus der Privatindustrie und denjenigen kommunalen Aufsichtsratsmitgliedern, welche diese private Wirtschaft als das erstrebenswerte erachten, diesen Aufsichtsrat beherrscht, alle vom Aufsichtsrat geplanten Maßnahmen und Unternehmungen früher als sonst irgend jemand kennt, und durch diesen Aufsichtsrat unmittelbar bis in die innersten städt. Kollegien hinein tätige, von seinem Geiste erfüllte, seinen Interessen bemüht und unbetäubt dienende Organe besitzt. Der in Mannheim gemachte Vorschlag des Herrn Stianes und der Oberbairischen Eisenbahngesellschaft zeigt auch denjenigen, der an sich nicht geneigt ist, sich in die Tiefen verwickelter Geschäftsverhältnisse hineinzuvertiefen, wohin die Reise geht. Herr Stinnes weiß, was er will, wenn er mit der Stadt Karlsruhe eine „Eisenbahngesellschaft“ gründet. Nur auf dem Rathaus in Karlsruhe, da weiß man von all diesen Dingen nichts, da ist Herr Stinnes „nur“ Aufsichtsratsvorsitzender der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft.

Stadtrat und Bürgerausschuß müssen und werden die Stadt Karlsruhe davor bewahren, daß sie dasjenige nicht sieht, was für jeden Techniker und für jeden Geschäftsmann offensichtlich ist, und daß sie einen Vertrag abschließt, aus dessen Vanden sie sich niemals wieder erheben kann.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 6. Febr.

Symphoniekonzert der Leibgrenadierkapelle in der Festhalle.

Mittwoch, den 12. Februar, findet in der Festhalle, großer Saal, als 4. „Volkstümliches Konzert“ (Symphonisches) eine Wagner-Feier zum Gedächtnis an den 30. Todestag des Meisters statt. Der 2. Teil enthält Werke von Franz Liszt (Wagners Schwiegervater). Das Orchester wird dieses Mal bedeutend verstärkt werden (auf 44 Musiker).

Karten zum ermäßigten Preise von 25 Pf. sind von heute ab bis nächsten Samstag zu haben. Kein Arbeiter sollte sich den ihm hier so billig gebotenen Genuß entgehen lassen. Karten zu dem ermäßigten Preise sind in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Arbeitersekretariat, „Volkstümlich“-Buchhandlung, auf den Gewerkschaftsbüroaus, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13. „Schrumpe“, Durlacherstraße, im „Auerhahn“, Schützenstraße, in der „Eiche“, Lugartenstraße, in der „Palme“, Reisingstraße, sowie in den Singtänden der Arbeiter-Gesangvereine.

Achtung! Straßensport der Südstadt!

Die Sitzung heute abend findet nicht im Parteisekretariat, sondern im „Auerhahn“ statt. Die Listen sind mitzubringen.

Jugendauschuß.

Seute abend 8 Uhr findet im Nebenzimmer der „Wacht am Rhein“ ein Vortrag statt. Hierzu sind die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen freundlich eingeladen. Am Sonntag den 9. Februar findet ein Ausflug nach dem Michelsberg statt und wird um 7 Uhr mit der Elektrischen nach Durlach gefahren. Zurück geht es von Weingarten. Das Fahrgehalt beträgt insgesamt 50 Pf.

Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion.

Morgen, Freitag, abends halb 9 Uhr, findet in der „Wacht am Rhein“ eine Fraktionsitzung statt, zu der die Mitglieder mit dem Ersuchen pünktlich und vollzählig zu erscheinen, freundlichst eingeladen sind.

Der Gesangverein „Eintracht“-Mühlburg hat sich laut Beschluß seiner Generalversammlung vom 25. Januar dem Deutschen Arbeiterbündnis angeschlossen. Der Verein steht unter der bewährten Leitung des hiesigen Gesangspädagogen Herrn A. Gerbold. Die Proben finden

jeweils Mittwochs abends halb 9 Uhr im Gasthaus zum Rheinthal statt.

Wir begrüßen den Verein als neues Glied unserer großen modernen Arbeiterbewegung aufs wärmste und herzlichste. All die Hunderte, ja Tausende organisierte Arbeiter, die noch in den Dutzenden von bürgerlichen Vereinen sich herumtummeln, ja durch ihre Mitgliedschaft solche Vereine oft erst lebensfähig erhalten, mögen sich hier ein Beispiel nehmen und mögen dahin wirken, daß ihr Verein auch dort sich anschießt, wohin er der Mehrzahl seiner Mitglieder nach gehört, oder aber die Arbeiter-Sänger mögen, wenn ihr Bemühen erfolglos ist, die Konsequenzen ziehen. Der „Eintracht“ aber möchten wir, nachdem sie diesen lobenswerten Entschluß gefaßt, den ehrlich gemeinten Wunsch ans Herz legen, nun auch noch einen Schritt weiter zu gehen und sich mit dem Gedanken einer Verjüngung mit dem schon in Mühlburg bestehenden großen und angesehenen Arbeiter-Gesangverein einmal zu beschäftigen. Dieser weitere Schritt würde dem Verein, davon sind wir fest überzeugt, um nichts schwerer fallen wie der erste des Anschlusses an den Arbeiterbündnis. Sie würden dadurch der Arbeiterjugend einen großen Dienst erweisen. Es besteht ja übrigens auch ein Beschluß des badischen Gaujüngertages, daß in Orten, kleineren Städten oder Stadtteilen nur ein Arbeiter-Gesangverein bestehen soll und sich die bestehenden zusammenzuschließen sollen. Die „Eintracht“ würde durch Befolgung dieses Beschlusses ein gutes Beispiel geben, das sicher auf viele andere Arbeitergesangvereine seine Wirkung nicht verfehlen würde.

Vom Schwarzwaldverein. Nach dem Jahresbericht der Sektion Karlsruhe des badischen Schwarzwaldvereins hat sich die Mitgliederzahl im Jahre 1912 von 1626 auf 1631 gehoben. Die Arbeiten der Sektion im Jahre 1912 beschränkten sich auf die Erstellung des Graf Rhena-Weg im Albtal und auf die Instandhaltung und den Ausbau von Bänken, Wegweisern, Aussichtsanlagen usw. Der Sektion Achern wurden zum Fond für einen neuen Turm mit Unterhausbau auf der Hornsgrünbe bis 18. Gabe 1000 Mk. bewilligt. Das Kartenwerk ist vollendet und umfaßt 11 Karten.

Die Bürgergesellschaft der Weststadt veranstaltet morgen Freitag, abends halb 9 Uhr, im „Felsened“, Ecke Krieg- und Scheffelstraße eine öffentliche Versammlung. Herr Sekretär Heinrich Klumpp wird sprechen über „Die städtische elektrische Straßenbahn“. Zu der Versammlung ist Jedermann, insbesondere aber die Bewohner der Weststadt, freundlichst eingeladen. An das Referat schließt sich freie Aussprache an.

Explosion. Heute abend kurz nach 8 Uhr ereignete sich in einem Delikatess- und Wurstwarengeschäft aus noch unbekannter Ursache eine Explosion. Die Frau des Ladeninhabers wurde dadurch verarzt schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus verbracht werden mußte.

Ein Schwindlerpaar. In der Waldstraße hat ein angeblicher, etwa 20 Jahre alter Kaufmann mit seiner Frau unter dem Vorgeben, er habe für eine Firma in Mühlheim hier eine Filiale zu errichten, ein möbliertes Zimmer gemietet. Nachdem er für Darlehen, Kost und Wohnung 50 Mk. schuldig war, ist er samt seiner angeblichen Ehefrau verschwunden.

Kupferdieb. Zwei Tafeln neues Kupferblech im Werte von 48 Mk. hat ein Unbekannter in der Nacht zum 2. ds. Mts. mittels Einbruch aus einer Werkstatt des neuen Personenbahnhofs gestohlen.

Wegen Einbruchdiebstahls wurde ein lediger 27 Jahre alter Geiger aus Friedrichstal festgenommen, der auf der Tat ertappt wurde.

Einbruchversuch. In der Nacht zum 2. d. M. versuchte ein Unbekannter in die Zahnstraße 22 im 1. Stock gelegene Büroräume einzubrechen. Zu diesem Zweck hatte er schon einen Wolladen etwas hochgehoben, als er von einem Wächter der Bach- und Schließgesellschaft verjagt wurde. Der Täter, der alsbald die Flucht ergriffen, wurde zwar von dem Wächter verfolgt, aber nicht mehr eingeholt.

Straßenraub. Montag abend um 1/9 Uhr wurde einem kleinen Ede Kaiser- und Lammstraße das Handtäschchen mit 15 Mk. entziffen. Der Täter gehörte zu einer Gruppe von 5-6 Masken mit roten Jaden. Die unbekannte Maske warf das Täschchen gleich nachher wieder weg; sodas die Eigentümerin wieder in den Besitz des Täschchens kam; aber die 15 Mk. fehlten.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Starbierfeier! Wie alljährlich, findet auch in diesem Jahre Sonntag nach Faschnacht, das ist der 9. Februar, das erste Starbierfest statt. Besondere Vorbereitungen wurden gemacht, um sowohl in Dekoration auch auch Programm etwas neues zu bieten. Weißer Schotte wird mit seiner gesamten Kapelle konzertieren, der Badenia-Müller tritt wiederum als Katscher auf. Die Veranstaltung verspricht in diesem Jahre ein edles Mühlener Kellereifest zu werden, denn nicht nur das Karlsruher Bürgerbräu, welches es mit den Mühlener Spezialbieren ruhig aufnehmen kann, sondern auch der neue Wirt, Herr Jakob, ein bekannter Mühlener Feiwirt, bietet richtige Mühlener Küchenpezialitäten und Würstchen in bekannter Güter. Auch dieses Starbierfest wird sich seinen Vorgängern würdig anschließen.

m. Das Kostümfest des Turnerbundes Karlsruhe-Rintheim am Samstag, 1. Februar, hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Eine Anzahl Gegner der Arbeiter-Turner glaubten zwar, unter der neuen Fahne des Deutschen Arbeiter-Turnerbundes gebe die Verein nicht und ohne ihre teufliche Mitwirkung bei Veranstaltungen ginge es nicht, die Herren dürften aber am Samstag eines anderen belehrt worden sein. Der Groteskonzert, sowie eine mit viel Humor gewürzte Pantomime setzten die Lachmuskeln der Teilnehmer andauernd in Bewegung. Nicht unerwähnt sollen auch die beiden Büttel-Redner des Abends bleiben, die mit beißender Satire all die Ereignisse seit dem Uebertritt zum Arbeiter-Turnerbund schilderten. Als die Musik zum letzten Tanz aufspielte, war die Schar der Tänzer und Tänzerinnen noch ebenso groß wie zu Beginn, man konnte von Glück sagen, wenn man ohne mehr oder weniger saunfe Puffer durchkam. Das dürfte Beweis genug sein, daß es all den Besuchern bei den freien Turnern gefallen hat. Möge die hiesige Arbeitererschaft auch bei künftigen Veranstaltungen den Verein in der gleichen Weise und noch mehr unterstützen zum Ruh und Frommen der gesamten hiesigen Arbeiterbewegung. Der Turnrat wird auch in Zukunft mit Umsicht und Fleiß sich die Förderung der irdischen Turnnache zum Wohle der Arbeiter angelegen sein lassen. Es ist deshalb Ehrenpflicht aller Arbeiter, sich dem Arbeiter-Turnverein anzuschließen, wie es auch Pflicht der Arbeiter-Eltern ist, ihre Söhne nur zu unserm Verein zu schicken.

Der Balkan-Konflikt.

Die Wiederaufnahme des Kampfes.

Sofia, 5. Febr. Die Beschießung von Adrianopol dauerte gestern in allen Sektionen fort. Der Tschataldschu verlief der gestrige Tag ruhig.

Konstantinopel, 5. Febr. Wie amtlich gemeldet wird, hat der Kommandant von Adrianopol gestern abend um halb 8 Uhr folgendes Telegramm geschickt: Die Feinde bombardieren die Stadt. 138 Granaten und 11 Schrapnell sind in die Stadt gefallen. 8 Einwohner wurden getötet und 10 verletzt. 53 Häuser sind in Brand geraten. Das Bombardement dauert an.

Das Schicksal Adrianopels.

Paris, 5. Febr. Nach einer Konstantinopoler Meldung des „Matin“ hätte der Vorkämpfer einer Dreibundmacht dem Großvezir den Rat erteilt, er möge sich an den russischen Vorkämpfer wenden, damit dieser auf den Verzichts Adrianopels unter der Bedingung eingehe, daß dem Sultan, wie es bezüglich Tripolis geschehen ist, eine religiöse Vertretung gewährt werde. Mahmud Scheffet habe bisher keine Antwort gegeben.

Ein bulgarischer Tagesbefehl.

Sofia, 5. Febr. General Sawow hat einen neuen Tagesbefehl an die Armee gerichtet, in dem er erklärt, daß die Türken durch die Art, in der sie die Verhandlungen führten, bewiesen hätten, daß sie zur Zeit gewinnen wollten. Aber sie hätten sich getäuscht, denn diese Zeit sei von bulgarischen Armee dazu benutzt worden, ihre Streitkräfte aus Mazedonien und aus Nordbulgarien, die nicht an den großen Kämpfen in Thrazien teilgenommen hätten, zu konzentrieren und sich reichlich mit Lebensmitteln und Munition zu versorgen. Wir sind jetzt vollkommen bereit, erklärt der Tagesbefehl, bereit als vor der Kriegserklärung. Um den Widerstand des Feindes zu brechen, müssen wir ihn von neuem niederschmettern, seine in der Eile zusammengezogenen Horden, denen jegliche Begeisterung fehlt, zerstreuen, den Feind zu Boden werfen und ihm auf dem Schlachtfelde die Friedensbedingungen diktieren. Die Türken müssen über das Meer gejagt werden.

Letzte Nachrichten.

Ein Köpenickiade in Straßburg.

Straßburg i. Elz., 5. Febr. Durch die gefälschte Depesche eines unbekanntem Ukbruders wurde heute mittag die gesamte Garnison und ein namhafter Teil der Bevölkerung zwecks in Bewegung gesetzt. Vormittags traf im kaiserlichen Gouvernement eine Depesche aus Weiszenburg ein, die etwa folgenden Inhalt hat: „Kaiser auf Bahnstation Weiszenburg. Triff im Automobil in Straßburg um 12 Uhr ein, begibt sich sofort zum Polygon, wo zwischen 12 und 1 Uhr die Garnison alarmiert.“ Als bald wurden durch Lambours und Gilordonanzen Nichtkornierte und Offiziere zu den Kasernen berufen und gegen 12 Uhr rückten die Truppen aller Waffengattungen in Felduniform nach dem großen Uebungsplatz Polygon, wo sich bereits Prinz Joachim, die Generalität und als einer der ersten auch der kaiserliche Statthalter Graf v. Wedel eingefunden hatten. Gegen 1/2 Uhr, als eben die letzten Truppen eindefilierten, stellte es sich auf telegraphische Anfrage in Berlin heraus, daß der Kaiser (wie das „W. Z.“ bereits angeklagt hatte) auf dem Wege nach Königsberg bereits dort eingetroffen sei. Inzwischen hatten in der Stadt zahlreiche Gebäude geplagt und auch vom Mühlenturm wehten die Reichsflaggen zum Gruß. Automobile und Straßenbahnen machten glänzende Geschäfte. Wer die Depesche in Weiszenburg aufgegeben hat, darüber ist noch nichts bekannt.

Ueber den Urheber der falschen Depesche an das kaiserl. Gouvernement auf Grund deren heute die Alarmierung der Garnison erfolgte, wird mitgeteilt, daß es ein entlassener Zahlmeisteraspirant der Weiber Garnison namens Keller ist, der sich heute morgen jenen frivolsten „Schwarz“ erlaubt hat. Keller, der vor einiger Zeit, wie man hört, wegen Unregelmäßigkeiten entlassen worden ist, ist seinerzeit vom Militärgericht als unzurechnungsfähig erklärt worden. Um nun offenkundig darzutun, daß er in der Tat zurechnungsfähig sei, hat Keller, wie er angibt, den Streich verübt. In der Uniform eines Postbeamten vergab er sich mit einem leicht anzufertigenden Depeschenformular zum Gouvernement, wo man die Fälschung nicht so bald erkannte.

Relegierte Schüler.

Posen, 5. Febr. Von der Berger Oberrealschule in Posen wurden zwei polnische Brimarer, die bei der Kaiser Geburtstagfeier beim Kasserhoch nicht aufgestanden waren, relegiert.

Trennung von Staat u. Kirche in England.

London, 6. Febr. Das Unterhaus hat die Bill betreffend die Trennung von Staat und Kirche in Wales in 3. Lesung mit 347 gegen 240 Stimmen angenommen. Die Bill geht sofort an das Oberhaus, das sie sicher in der nächsten Woche ablehnen wird.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Verhaußen. Es passierte das nicht allein Ihrem Briefe, daß er nicht angenommen wurde, weil er transportlos kostete. Das Eingehen ungenügend frankierter Briefe nimmt derart überhand, daß wir unbedingt zu dem Mittel der Annahmeverweigerung greifen müssen, um die Genossen zu veranlassen, richtig, dem Gewichte ihrer Briefe entsprechend zu frankieren. Dann möchten wir weiter bitten, doch nicht die Wälder der ganzen Breite nach und so eng zu beschreiben, es ist uns sonst nicht möglich, die Berichte zeitig, wie es gewünscht wird, zu bringen.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Koss; für Lokales, Kommunales und Feuilleton Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Ziegler; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Offenburg. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 8. Febr., abends, punkt 1/9 Uhr, im „Anker“ Parteiversammlung. 1. Rechnungslegung vom Winterfest und 2. Quartal. 2. Vortrag über die soziale Lage der Arbeiter in Baden. 3. Stellungnahme zu der Reichstagsnachwahl. 4. Jahresbericht. Die Mitglieder werden ersucht, sich pünktlich und zahlreich einzufinden.

Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Halsentzündung, Verschleimung.

Wunderbare Erfolge in veralteten Fällen. — Gefahren veralteter Katarche. — Fünfjähriger Bronchialkatarch. — Chronischer Nasen- und Kehlkopfkatarrh, hartnäckiger Stodschmupfen, Katarche der Luftwege, Mittelohrentzündung. — Über 6000 erfolgreiche Behandlungen mit einem neuen Apparat.

Ziemlich allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß ein festiger Katarch der Nase, des Halses oder der Lunge keine Zeit haben müsse, daß er nach einigen Wochen von selbst vergehe und daß außer Vorsicht gegenüber Erkältungen nichts dagegen zu machen sei. Diese Ansicht ist total falsch! Erstens vergeht der Katarch keineswegs so bestimmt nach einigen Wochen, sondern kann jahrelang bestehen bleiben und jahrelang die Atmungsorgane besonders empfänglich für Ansteckung mit Tuberkulose, Diphtherie, Lungenentzündung usw. machen, zweitens gibt es ein Mittel, einen Katarch in jedem Stadium mit Erfolg zu bekämpfen, selbst in veralteten Fällen, drittens

spielt die Erkältung bei Katarchen überhaupt nur eine neben-sächliche Rolle. Man kann die ängsten Unvorsichtigkeiten begehen, ohne Katarch zu bekommen, und man kann sich ihn trotz aller Vorsicht holen.

Wir greifen aus Tausenden von Fällen, über deren erfolgreiche Behandlung ausführlichere Berichte vorliegen, einige heraus, und geben auch zur Kontrolle für etwaige Zweifler die vollen Adressen dabei an.

Herr Arthur Bilain in Strahburg-Neudorf, Spitalstraße Nr. 4, schreibt:

„Mit erfreulichem Erfolg möchte ich Ihnen hiermit meinen Dank aussprechen. Meine Frau litt seit fünf Jahren an Bronchialkatarch, daß es mir manchmal bei ihren schweren Atmungen leid tat. Ich habe sie schon mehrfach behandeln lassen, doch ohne Erfolg. Da wandte ich mich an Sie um Zusendung Ihres Inhalators. Schon nach vierzehn Tagen sah man eine kleine Besserung und heute nach fünf resp. sechs Wochen die vollständige Heilung.“

Außerdem schreibt Herr Professor Dr. Neuther vom Königl. Lehrerseminar Auerbach i. L.:

„Daß ich heute das achte Exemplar Ihres Inhalators bestelle, dürfte für die Brauchbarkeit desselben wohl das beste Zeugnis sein. Indessen muß ich auf Grund der gemachten Erfahrungen noch besonders hervorheben, wie die Anwendung

Ihres Apparates nicht nur hartnäckigen Stodschmupfen und chronische Katarche der sonstigen Luftwege (Nasenhöhle, Kehlkopf, Luftröhre, Bronchien) beseitigt hat, sondern daß in einem Falle sogar eine Mittelohrentzündung mit verbundener Schwerhörigkeit und in einem andern Falle eine Stirnhöhlen-entzündung zu weichen beginnt. Auch empfiehlt sich die Anwendung Ihres Apparates zur Pflege und Kräftigung der Sprechwerkzeuge für Lehrer, Pastoren, überhaupt für Redner und Sänger. Ich danke Ihnen deshalb zugleich in Vertretung meiner Auftraggeber herzlich für Ihre Erfindung.“

Trotz der kurzen Zeit, seit welcher Lancrés Inhalator im Handel ist, liegen bereits über 6000 Anerkennungs-schreiben von Ärzten und Patienten vor; davon sind 5418 durch vereidigten Sachverständigen und polizeilich beglaubigt.

Lancrés Inhalator kostet komplett mit sämtlichem Zubehör und Gebrauchsanweisung (sofort gebrauchsfertig) gegen Nachnahme 8,85 Mk. Keine weiteren Unkosten, nur einmalige Anschaffung.

An minderbemittelte, vertrauenswürdig Personen wird der Apparat laut unsern Bedingungen auch gegen bequeme Ratenzahlung ohne Preisaufschlag abgegeben. Nähere Auskunft über Lancrés Inhalator wird von der Firma Karl A. Lancrés, Wiesbaden 2 H, gerne kostenlos erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis auflärende Broschüre. 5016

Knorr

macht schon seit über 25 Jahren Suppen.

Knorr-Suppenwürfel

sind infolge ihrer Vorgüge weit verbreitet und überall beliebt.

Jede Sorte besitzt den ihr gehörenden reinen Eigengeschmack, von hausgemachten Suppen nicht zu unterscheiden. 5188

45 Sorten Knorr-Suppen
1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.

Fleisch-Verkauf.

Samstag den 8. Februar, von 7-1 Uhr verkaufe ich Eisenbahnstraße 20 prima Qualität 5129

Mastkuhlfleisch

eigene Mastung, à Pfd. 72 Pfg. Wilhelm Reck Metzereibesitzer.

Feinst gewässerte Stockfische

5009 Pfund 24 Pfg.

Durlacher Stolz

bester Buttereratz Pfund 85 Pfg.

Bucherer

in sämtlichen Filialen.

Extra-Angebot.

Angüge von 6.-Mk. an, Ueberzieher 3.-, sowie Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Wehzeug, laufen Sie immer billigst bei Arnold Schab, Jähringerstraße Nr. 33. 5298

Maschinenschriftliche Dersvielfältigungen

aller Art schnell und zuverlässig 4287 Neckenstraße 3, 2. St.

Berkaufe

billig gebrauchte, noch sehr gut erhaltene Herren-Schube. D. Turner, Scheffelstr. 64. 4807

Brantleute

erhalten für 545 Mk.

eine komplette Brautausstattung. Dieselbe besteht aus: Schlafzimmer: 2 engl. Bettstellen, 2 Patentstühlen, 2 dreiteiligen Matratzen, 2 Schoner, 2 Vorker, 1 zweiseitiger Spiegelschrank mit Kristallglas, Waschkommode mit weißer Marmorplatte, Toilettenständer, Nachttisch mit Marmorplatte, 2 Stühle, Handtuchständer.

Wohnzimmer: Plüschdivan, Tisch mit Eisenplatte, 4 Stühle, Vertiko mit Kristallfacettenglas, Gaudesege.

Kücheeinrichtung: Küchenschrank mit Messingverglasung, Tisch, 2 Stühle, Kocher, Schafi.

Mit 2 Oberbetten und 4 Kissen 80 Mk. höher. Die Möbel sind nachbaum poliert und gebe für solide Ware extra Garantie.

Können auch längere Zeit zurückgestellt werden. 4897

Möbelhaus

22 Waldstraße 22. Jüngere Weißnäherin

zum sofortigen Eintritt sucht Städt. Krankenhaus.

Zu verkaufen: Schöner H. Küchenschrank 12 Mk., neue halbfrenz. Bettstelle, fast neuer Koff. Matratze, Koffer, 95 Mk., Plüschdivan 24 Mk., polierte Kommode 14 Mk., schönes Vertiko billig, 5158 Umlandstr. 12, part.

Morgenstr. 8, 2. St. I. ist möbl. Zimmer billig zu vermieten. Dasselbst ist gut erhaltener Reg. und Einwagen billig zu verkaufen.

Zu verkaufen: Badewanne, noch neu, 20 Mk., schöner guter Kochherd 14 Mk. wegen Platzmangel. 5138 Bahnhofstr. 38, part.

Besserer Herrenfahrrad bereits noch neu, Freikauf, billig zu verkaufen. 5131 Bahnhofstr. 38, part.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten mache ich die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Eisette Kuppinger

geb. Meber

gestern abend 1/8 Uhr im Alter von 88 Jahren im städt. Krankenhaus sanft verschieden ist. Um stille Teilnahme bitten

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Kuppinger

mit seinen 2 Kindern.

Pforzheim, den 6. Februar 1913.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 1/2 4 Uhr ohne Fußbegleitung vom städt. Krankenhaus aus statt.

Städt. Arbeitsamt

Karlsruhe

Arbeitsamt Zähringerstrasse 100 Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für hier:

1 Gärtner,	1 Schuhmacher für seine Herrenarbeit,
2 jg. Friseur,	2 jg. Friseurgehilfen,
1 Wagenladere,	20 Wagenladere,
1 Kaffenschrantschlosser,	2 Dekorationsmaler,
1 Messingarbeiter auf Beleuchtungskörper,	1 Metallgießer,
2 jg. Wagner,	2 jg. Schmiede auf Hof u. Wagen,
1 Hausdiener, gel. Schreiner, 24 bis 30 Jahre alt, mit guten Zeugnissen,	3 Bauhölzer,
1 lediger Herrschaftskutscher, der Gartenarbeit versteht, mit la. Zeugnissen;	10 Schlosser auf Waggon,
	1 Metallbreher,
	5 Eisenbreher,
	2 Mechaniker auf Maschinenbau,
	3 Elektromonteur,
	2 junge Wagner,
	2 Bauhölzer,
	3 Möbelschreiner,
	1 Schuhmacher
	1 Wollgatterläger,
	1 Holzmaschinenarbeiter.

für auswärts:

3 jg. Gärtner,	1 Wolfshund,
3 jg. Schuhmacher,	weibl. schwarzer
	Rüden und rotgelb. Abzugeben
	Gewicht 20. Vor Ankauf
	wird gewarnt. 5130
	Vorkaufstr. 19, Friseurgeschäft.

Residenz-Theater

Waldstraße 30.

Schuldig.



5152

Schillerstrasse 22  Ecke Goethestr.

Metropol-Theater

nur Donnerstag und Freitag aus dem reichhaltigen Programm

Die schwarze Maske.

Spannendes Drama in 3 Akten. In der Hauptrolle die weltberühmte nordische Künstlerin

Frau Lilli Beck, Kopenhagen.

Als Einlage:
Sklave der Schönheit.
Grosser nordischer Welt-Schlagler in 2 Akten.

Vom 11. bis inkl. 14. Februar bringen wir den Film von der **Königin Luise.**

Werktags ermäßigte Preise.

Loge 80 S., 1. Platz 60 S., 2. Platz 40 S., 3. Platz 20 S. 5155

Haltstelle der Strassenbahnlinie Kühler Krug.

Die von der „Weissen Woche“ noch vorhandenen Rest-Bestände 5154

Weisswaren

kommen von Donnerstag, den 6. Februar, ab zu besonders billigen Preisen zum Verkauf

Halbfertige Roben u. Blusen 20% Rabatt.	Rest-Posten	Damen-Wäsche	Kinder-Wäsche	Tisch-Wäsche	15% Extra-Rabatt.
---	-------------	--------------	---------------	--------------	--------------------------

Erbprinzenstr. 31 **M. Schneider** Ludwigsplatz.

Städt. Festhalle Karlsruhe
(grosser Saal).
Mittwoch, den 12. Februar 1913,
abends 8¹/₂ Uhr

IV. Volkstümliches
Symphonisches Konzert
(Wagner-Feier)
(zur Erinnerung an den 30. Todestag — 13. Febr. 1883 —
Rich. Wagners)
ausgeführt von der verstärkten Kapelle (44 Musiker)
des 1. Bad. Leibgrenadier-Regiments Nr. 109.
Dirigent: Musikmeister Bernhagen.

PROGRAMM:

I. Teil. Rich. Wagner.

- Vorspiel zum Bühnenweihfestspiel „Parsifal“.
- Einzug der Götter in Walhall a. d. Musikdrama „Das Rheingold“.
- Drei Szenen des 2. Aufzuges a. d. Oper: „Der fliegende Holländer“: 1. Spinnlied, 2. Ballade, 3. Chor „Das Schiffsvolk kommt“.
- Vorspiel und Szenen des 3. Aktes d. O. „Die Meistersinger“: 1. Tanz der Lehrbuben, 2. Aufzug der Meister.

II. Teil. Franz Liszt.

- Les Préludes, symphonische Dichtung.
- Ungarische Rhapsodie C-Dur, Nr. 2.

Stadtgarten-Jahreskarten, Kartenhefte u. Konzertabonnements haben in diesem Falle keine Gültigkeit.
Preise der Plätze: (im Vorverkauf vom 9. Februar an bei den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiser-Passage 2, Ecke Kaiser- und Waldstrasse, Telefon 1988 (Plätze in der östlichen Hälfte der Halle) und Franz Tafel, Kaiserstrasse 82a, Telefon 1647 (Plätze in der westlichen Hälfte der Halle) sowie im Kiosk des Fremdenverkehrsvereins beim Hotel Germania, Telefon 600 (ein Teil der nichtnumerierten Plätze)): numerierter Platz (Saal und untere Galerie I. Abteilung, Balkon I. Reihe) 80 Pfg., nichtnumerierter Platz 40 Pfg., an der Abendkasse 1 Mk. und 50 Pfg.
Ausführliches Programm mit Erläuterungen zu 10 Pfg. an den Saaleingängen.
An Zugängen werden — um 1/2 8 Uhr — geöffnet: (zum Saal und zur oberen Galerie) die beiden Garderobe-Eingänge rechts und links der Festhalle.
Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen.
Nach dem ersten Teil findet eine grössere Pause statt (kaltes Buffet im Bierbühnen). 5124
— Rauchen nicht gestattet. —

Bürgergesellschaft der Weststadt.
Dem Vorbilde der übrigen hiesigen Bürgervereinigungen folgend, veranstalten wir: **Freitag, den 7. Februar d. J., abends 8¹/₂ Uhr, im „Felsenk“**, Ecke Krieg- und Scheffelstrasse eine

öffentliche
Versammlung
Tagesordnung:
Die städtische elektrische Straßenbahn.
Referent: Sekretär **Heinrich Klumpp.**
Hierzu ist jedermann freundlichst eingeladen.
Freie Aussprache.
Der Vorsitzende.

Berein Volksbildung Karlsruhe, E. V.
Donnerstag, den 6. Februar, beginnen die Vorträge des Herrn Geheimrat Prof. Dr. v. Dechelhäuser über **„Kunstgeschichtliche Wanderungen durch alte Burgen und Schlösser“**
mit Lichtbildern. Preis der Eintrittskarten 60 Pfg.
Sonntag, den 9. Februar, findet im kleinen Saale der Festhalle unser II. Unterhaltungsabend statt unter gütiger Mitwirkung der Hofkapellmeisterin Fräulein Hedwig Holm, des Herrn Karl Kögle (Laute) und der Pianistin Fräulein Tina Koch. Preis der Eintrittskarten 25 Pfg.
Zu dem IV. Symphonie-Konzert der Bad. Leib-Grenadier-Kapelle Mittwoch, den 12. Februar stehen unseren Mitgliedern Karten zu ermäßigten Preisen, numerierte Sitze 60 Pfg., unnumerierte 25 Pfg. zur Verfügung.
Sämtliche Eintrittskarten sind in der Geschäftsstelle des Vereins, Akademiestrasse 67 für persönliche und korporative Mitglieder täglich in den Geschäftsstunden von 2 bis 4 und 1/2 7 bis 1/2 8 Uhr erhältlich. 5158

Rinderbett, schönes, und 4 billig zu verkaufen. 5132
Wagnhoffstr. 38, part.

25 Mark tägl. Verdienst b. Vertf. m. Patentartikel für Herren. Neuheitenfabrik 3817
Mittweida-Marktschach Nr. 145.

Aus einem äußerst günstigen Gelegenheitskauf empfehlen wir so lange Vorrat reicht

Fahrrad-Laufdecken Stück Mk. **2.50**

Fahrradhaus „frisch auf“
Ablerstrasse 8. Filiale Karlsruhe. Tel. 3196.

Raffeegeflügel zu verkaufen.

3,0 Schw. Bantam 1912er Zucht
2,0 gelbe Italiener
3,12 rebbuhni. Italiener
2,0 Chamois-Baduaner
2,0 rote Rhode Island
2,0 hellfarbige Sufes
2,0 Mandarinenten
2,0 Bedingenten
1,0 Rouenenten
1,2 Bunte Wismanten
4 Paar schwarze Schwäne
3 Paar weisse Schwäne

Zu kaufen gesucht.
1,0 Gold-Bhandottes
1,0 weisse Bhandottes
0,4 Hamburger Silberlad
0,1 Bantfajan (vericolor)
1,0 Melanobusfajan. 5154

Städtische Gartendirektion Karlsruhe.

Städt. Seefischmarkt

Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städtischen Bierordibad am **Donnerstag nachmittag** von 8¹/₂—7 Uhr und **Freitag vormittag** von 8—11 Uhr. **Billige Preise.**

Filialmärkte: Durch den Verkäufer Zipp. **Weststadt:** In dem Hof des Eichamtes, Söfenstrasse 98/98, am **Donnerstag vormittag** von 9—11 Uhr und **nachmittags** von 3—6 Uhr.
Oststadt: In der Georg-Friedrichstrasse am **Freitag vormittag** von 8—11 Uhr.

Stadtteil Mühlburg: Ecke Rhein- und Vogesenstrasse am **Donnerstag nachmittag** von 1/2 2—5 Uhr.
Karlsruhe, den 5. Februar 1913. 5150

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Bekanntmachung.
Die Vertilgung der Rauven betr.
Unter Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 9. Oktober 1912 weisen wir nochmals darauf hin, daß alle Obstbäume, Zierbäume und Gehsträucher in Gärten und Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen, Wegen und Eisenbahndämmen, bis spätestens Mitte Februar 1913 von **Raupeneckern** zu reinigen, sowie daß die borgefundenen Raupenecker zu vertilgen sind.
Nach dem 15. Februar 1913 werden wir Nachschau halten lassen ob die Vertilgungsarbeiten borgenommen wurden. Sämtliche hätten Vertilgung an Geld bis zu 60 Mk. eventuell mit Haft gemäss § 363* R. Str. G. B. und § 87 R. P. D. zu gewärtigen. Und würde die Vertilgung bei den Säumigen in unserem Auftrag auf deren Kosten ohne weitere persönliche Eröffnung erfolgen.
Karlsruhe, den 4. Februar 1913. 5148

Das Bürgermeisteramt.
Dr. Forstmann. Rapp.

Grosse Gelegenheitsposten
in 5187

Schuhwaren.

Damenstiefel . . . von **Mk. 4.50** an
auch mit Derby und Lackkappe.

Herrenstiefel amerik. Façon, mit **Mk. 5.50**
Derby u. Lackkapp.

Kinderstiefel und Arbeiterstiefel
enorm billig.

Konfirmanten- und Kommunikantenstiefel
in grosser Auswahl von **Mk. 4.50** an

Schuhhaus Hansa
Tel. 1627. Karlsruhe. Tel. 1627.
Ecke Markgrafen- u. Kronenstrasse.

10% auf Stoffe
für 5151

Anzüge, Palatots, Hosen, Loden- und Kostümstoffe
nur erstklassige tragfähige Kottbuser Qualitäten

Wilh. Wolf jr.
Tuch engros und Versand.
Eingang Lammstr.

Colosseum-Restaurant
jeden Donnerstag
Schlachttag

Pfannkuch & Co

Leigwaren
und
Dürrobst:

Bruch-Maccaroni
Pfd. **28** Pfg.

Maccaroni offen
dicke **30** Pfg.
dünn **36** Pfg.

Feinste Maccaroni
— nur in Paketen —
Italiener I. **38** Pfg.
1/2 Pfd.-Paket **42** Pfg.
Africane **42** Pfg.
Taganroc **50** Pfg.
1/2 Pfd.-Paket **60** Pfg.
Feinstes **60** Pfg.

Gemüse-Rudeln
breite Hausmacher
Pfd. **32** an

Feinste Hausmacher
— nur in Paketen —
1/2 Pfd.-Paket **36** Pfg.

Eier-Hausmacher
— nur in Paketen —
1/2 Pfd. **42, 50**
Paket **60** Pfg.
und **60** Pfg.
1/2 Pfd. **21, 25**
Paket **30** Pfg.
und **30** Pfg.

Zwetschgen
Pfd. **30** Pfg.
von **30** an

Feinste Pflaumenzwetschgen
— in Paketen —
1/2 Pfd. **40 u. 60**
Paket **40 u. 60**

Zwetschgen
ohne Stein **60** Pfg.
Pfund

Kranzfeigen
Pfund **28** Pfg.

Birnschnitzel
Pfd. **25** Pfg.

Feinste ganze Birnbutzel
Pfd. **30** Pfg.

Dampfpäpfel
Pfund **50** Pfg.

Californische Pfirsiche und Birnen 4865
Pfd. **60** Pfg.

Aprikosen
Pfd. **70** u. **1.-**

Datteln
Pfd. **38** Pfg.

Mischobst
— sehr beliebt —
Pfd. **40 u. 50**
bestes ohne Stein **60** Pfg.

No. 31.

Ausgabe

meistpre

5 3; an

Rei

Seit

Antrag

und gebe

tag zur

Es is

tag zur

bei als

nur das

dieser

trag ver

steht.

einer Be

Erfüllun

Soll“ re

demokrat

praktisch

fratie ge

Wir

scheinbar

Demokrat

durch die

unter d

Frühjahr

lich auch

Zweifel

frage zu

zunächst

Zustimm

Daru

wegs üb

dig. D

eben alle

schenden

es so w

Reichsta

Reichs

das Sei

genden

erfüllt h

mit gut

Aktion i

will. U

er aussp

Bei

Ziffern

4 250 00

die Pol

teien, b

Forberu

zu stehen

zusamm

gebenen

zwei M

men fin

des pre

Denen

Gruppen

ein Beh

Ueb

diesen

gierung

tion hat

wenn a

haufen“

dürfen

Achtung

Zen

kommen

hern, w

Reaktion

machen.

Das

u. d. des

beschlu

rede, d

nicht zu

feit gib

durch ei

nur au

Das ha

es sich

schwarz

vermag

gleiche

solche

kommer

M

Enteig

gleichf

Zentrum

den, w

und we

wegen

das Zer

laden.